

Menne, Klaus

## Erziehungsberatung als Jugendhilfeleistung

*Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe* (2015) 9-10, S. 345-357



Quellenangabe/ Reference:

Menne, Klaus: Erziehungsberatung als Jugendhilfeleistung - In: Zeitschrift für Kindschaftsrecht und Jugendhilfe (2015) 9-10, S. 345-357 - URN: urn:nbn:de:0111-pedocs-119807 - DOI: 10.25656/01:11980

<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0111-pedocs-119807>

<https://doi.org/10.25656/01:11980>

### Nutzungsbedingungen

Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Die Nutzung stellt keine Übertragung des Eigentumsrechts an diesem Dokument dar und gilt vorbehaltlich der folgenden Einschränkungen: Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

### Terms of use

We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document.

This document is solely intended for your personal, non-commercial use. Use of this document does not include any transfer of property rights and it is conditional to the following limitations: All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

### Kontakt / Contact:

peDOCS  
DIPF | Leibniz-Institut für Bildungsforschung und Bildungsinformation  
Informationszentrum (IZ) Bildung  
E-Mail: [pedocs@dipf.de](mailto:pedocs@dipf.de)  
Internet: [www.pedocs.de](http://www.pedocs.de)

Mitglied der

  
Leibniz-Gemeinschaft



ISSN 1861-6631

Erscheinungsweise: monatlich, 40 Seiten, DIN A4,  
Jahresabopreis + Online-Archiv 143,60 €\*  
Kennenlernen-Abonnement: 22,20 €\*

**Vorzugspreis** für Mitglieder der bke, der BAFM,  
der Bundesarbeitsgemeinschaft für Verfahrens-  
beistandschaft e.V. und Studenten gegen  
entsprechenden Nachweis: 119,60 €\*

\*Preise inkl. MwSt. und Versandkosten (deutschlandweit)



**Bundesanzeiger  
Verlag** [www.bundesanzeiger-verlag.de](http://www.bundesanzeiger-verlag.de)

**Kindschafts- und Jugendrecht für die  
Praxis: kompakt, aktuell, verständlich!**



**Zeitschrift für Kindschaftsrecht  
und Jugendhilfe**

Rechtsanwendung in der Praxis · Beratung · Mediation · gutachterliche Tätigkeit

Die Zeitschrift wendet sich an alle mit der Kinder- und Jugendarbeit sowie an-  
grenzenden Bereichen befassten Fachkreise und versteht sich als interdisziplinär  
ausgerichtete Fachzeitschrift zum Kindschafts-, Jugend- und Familienrecht. Sie  
wendet sich u.a. an in diesem Bereich tätige Juristen, Psychologen, Therapeuten,  
Mediatoren, Verfahrenspfleger, Sozialarbeiter und Sozialpädagogen.

Sie bietet praktische, verständliche Informationen zu diesen Themen, viele Aufsätze,  
einen zuverlässigen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung, Fallbeispiele,  
Berichte aus der Praxis, aktuelle Hinweise und konkrete Hilfestellungen für den  
beruflichen Alltag.

Jetzt versandkostenfrei (deutschlandweit) bestellen:

**[www.zkj-online.de](http://www.zkj-online.de)**

Bestellung und Beratung: Tel. 0221/9 76 68-229

Fax: 0221/9 76 68-236 · in jeder Fachbuchhandlung

Beitrag aus ZKJ 9-10/2015

Klaus Menne

## Erziehungsberatung als Jugendhilfeleistung

### INHALT

- Die Situation nach Einführung des KJHG
- Der Rechtsanspruch auf Erziehungsberatung
- Förmliche Gewährung der Leistung
- Trennung und Scheidung
- Erziehung und Beratung
- Psychotherapie
- Frühe Hilfen und Kinderschutz
- Verhältnis zum Jugendamt
- Qualitätssicherung
- Finanzierung
- Statistik
- Inanspruchnahme von Erziehungsberatung

### • Beratene und Bevölkerung

- Armut und Erziehungsberatung
- Familien mit Migrationshintergrund
- Jugendhilfeplanung

### • Onlineberatung

### • Erziehungsberatung im Kontext der Hilfen zur Erziehung

- Inobhutnahme und Hilfeplanung
- Schule für Erziehungshilfe
- Fremdplatzierungen
- Präventionsnetzwerk
- Beratungsoffensive

### • Schluss

Der Autor, Klaus Menne, ist Dipl.-Soz. und war lang-  
jähriger Geschäftsführer der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung e.V.

Das Kinder- und Jugendhilfegesetz (KJHG) hat Erziehungsberatung in das System der Hilfen zur Erziehung eingeordnet. Bis dahin hatte sie ihre rechtliche Grundlage in dem an das Jugendamt gerichteten Auftrag, „Beratung in Fragen der Erziehung“ vorzuhalten (§ 5 Abs. 1 Nr. 1 JWG). Durch das KJHG ist

eine Entwicklung angestoßen worden, durch die Erziehungsberatung eine profilierte Identität als Leistung der Kinder- und Jugendhilfe gewonnen hat.

Will man diese Entwicklung einschätzen, so muss man sich der Situation vor der Neuordnung vergewissern: Durch den High Commissioner for Germany nach dem Vorbild der Child Guidance Clinics nach dem Zweiten Weltkrieg wieder gegründet (Menne, 1989, S. 174), lag der Schwerpunkt der Erziehungsberatung zunächst in einer differenzierten Diagnostik mit einer sozialen Anamnese durch den Fürsorger, Testdiagnostik durch den Psychologen und ggf. psychiatrische Diagnose durch den kinderpsychiatrischen Leiter der Beratungsstelle (Buckle/Lebovici, 1960, S. 31 ff.). Für die Behandlung der damals – bezogen auf alle Minderjährigen – eher gelegentlichen Einzelfälle standen v.a. (psychoanalytische) Psychotherapeuten, Heilpädagogen und Heilgymnasten zur Verfügung. Mit dem Aufkommen weiterer Psychotherapieverfahren, wie Verhaltenstherapie, Gesprächstherapie, Gestalttherapie, Psychodrama und später auch Familientherapie, konnten und sollten dann *alle* Fachkräfte der Erziehungsberatungsstellen über therapeutische Zusatzqualifikationen verfügen und eine notwendige therapeutisch-pädagogische Behandlung ggf. selbst durchführen (Grundsätze 1973, S. 410).

Als *Essentials* der Erziehungsberatung wurden dabei gesehen:

- Freiwilligkeit der Inanspruchnahme durch die Eltern
- Vertraulichkeit von Beratung und Behandlung (Schweigepflicht)
- Fachliche Unabhängigkeit bei der Durchführung von Beratungen/Therapien
- Kostenfreiheit der Leistung für die Betroffenen sowie
- Multidisziplinäre Zusammensetzung des Fachteams der Beratungsstelle

(Menne, 1989, S. 175 f.). Diese Eckpunkte des Selbstverständnisses waren – angesichts einer eingriffsorientierten Jugendhilfe, die nicht als Vorbild fungieren konnte – in Analogie zur psychotherapeutischen Arbeit in der Medizin gebildet worden. In der Folge hatte Erziehungsberatung die Beratungsbeziehung gegenüber Dritten (auch den Trägern der Beratungsstellen) zu schützen und sich zu Entscheidungskontexten wie sie durch Jugendamt und Familiengericht repräsentiert wurden abstinenz zu verhalten.

Probleme der Kinder wurden dem medizinischen Modell entsprechend (Keupp, 1972, S. 63 ff.) anfangs vorwiegend in einer psychopathologischen Perspektive beschrieben. Nachdem seit den 70er Jahren eine systemische Sicht der Interaktionen in der Familie in den Beratungsstellen Einzug gehalten hatte (Allhoff-Cramer, 1982) bezeichneten sich die

Einrichtungen zunehmend auch als Erziehungs- und Familienberatungsstellen bzw. Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern.

## ■ Die Situation nach Einführung des KJHG

Durch das Kinder- und Jugendhilfegesetz wurde Erziehungsberatung ausdrücklich als eine Leistung der Kinder- und Jugendhilfe benannt: *„Erziehungsberatungsstellen und andere Beratungsdienste und -einrichtungen sollen Kinder, Jugendliche, Eltern und andere Erziehungsberechtigte bei der Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren, bei der Lösung von Erziehungsfragen sowie bei Trennung und Scheidung unterstützen“* (§ 28 SGB VIII). Dabei gab der Wortlaut das fachliche Selbstverständnis, Kinder und ihre Eltern zugleich in den Blick zu nehmen und beide nach einer diagnostischen Klärung auch bei der Bewältigung ihrer Probleme zu unterstützen, treffend wieder. Darüber hinaus wurde im Gesetz auch die Arbeitsweise der Erziehungsberatung beschrieben: *„Dabei sollen Fachkräfte verschiedener Fachrichtungen zusammenwirken, die mit unterschiedlichen methodischen Ansätzen vertraut sind“* (§ 28 Satz 2 SGB VIII). Das Zusammenwirken in einem multidisziplinären Fachteam hatte damit ebenso eine gesetzliche Grundlage erhalten wie die bis dahin nur in Förderrichtlinien der Länder formulierte Erwartung an die Fachkräfte, über den Grundberuf hinaus weitere therapeutische Kompetenzen zu erwerben. Allerdings machte die Formulierung „methodische Ansätze“ deutlich, dass nicht allein (psycho-)therapeutische Arbeitsweisen gemeint waren, sondern ebenso pädagogische und gemeinwesenbezogene Zugänge (vgl. Wiesner, 1995, § 28 Rn. 14).

Die ausdrückliche Benennung der Erziehungsberatung im SGB VIII konnte daher als gesetzliche Anerkennung dieses Aufgabengebietes verstanden werden. Dies umso mehr als Erziehungsberatung durch die Einordnung in die Hilfen zur Erziehung mit einem Rechtsanspruch für die Leistungsberechtigten ausgestattet worden war. Zwar hatte Jans schon frühzeitig einen Rechtsanspruch auf Beratung bejaht (Jans, 1968, S. 87), praktisch wurde Erziehungsberatung jedoch von den Jugendämtern oft als „freiwillige Leistung“ begriffen.

Auch musste sich Erziehungsberatung durch die in letzter Minute in das SGB VIII eingefügten datenschutzrechtlichen Bestimmungen gestärkt sehen. Hatte sie bis dahin den Schutz der Vertrauensbeziehung zu den Ratsuchenden oftmals gegen die verwaltungsrechtliche Sicht der *Einheit der Verwaltung*, die es in letzter Konsequenz dem Landrat (bzw. dem Bürgermeister oder Stadtdirektor) als Chef der Verwaltung gestattet, in jede Akte seiner Behörde und damit auch in Beratungsdokumen-

tationen Einsicht zu nehmen, verteidigen müssen,<sup>1</sup> wurde der Vertrauensschutz nun zu einem allgemeinen Prinzip jeder persönlichen und erzieherischen Hilfe (§ 65 SGB VIII). Erziehungsberatung konnte sich zu Recht als Vorkämpferin für ein nun endlich anerkanntes Recht ihrer Klienten sehen.

## ■ Der Rechtsanspruch auf Erziehungsberatung

Gerade der als positiv verstandene Rechtsanspruch auf Erziehungsberatung barg jedoch Komplikationen. Dies begann schon mit den in den Beratungsstellen zu erbringenden Leistungen. Denn der Auftrag der Erziehungsberatung, Kinder, Jugendliche und ihre Eltern „bei Trennung und Scheidung“ zu unterstützen, überschneidet sich mit der durch das KJHG neu eingeführten Beratung in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung (§ 17 SGB VIII). Deren Auftrag, „Konflikte und Krisen in der Familie zu bewältigen“ (§ 17 Abs. 1 Nr. 2 SGB VIII) ist von einer „Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme“ (§ 28 Satz 1 SGB VIII) inhaltlich nicht zu unterscheiden. Auch die Beratung alleinerziehender Mütter und Väter bei der Ausübung der Personensorge (§ 18 Abs. 1 SGB VIII) überschneidet sich mit den Aufgaben aus § 28. Es hat sich daher eingebürgert, von den §§ 17, 18 und 28 SGB VIII als den Rechtsgrundlagen für die Einzelberatungen in der Erziehungsberatung zu sprechen (DST; AGJ, 1995). Allerdings waren (und sind) nur Beratungen nach § 28 auch in der Bundesstatistik zu erfassen. Es erforderte daher einigen Aufwand, die verschiedenen gesetzlich definierten Leistungen inhaltlich voneinander abzugrenzen. Erst 2007 konnten dazu in Abstimmung mit dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dem Statistischen Bundesamt eindeutige Empfehlungen formuliert werden (bke, 2007).

Anfänglich unterschieden sich die Beratungen nach §§ 17, 18 und 28 auch in der Qualität des Anspruchs: Nur Erziehungsberatung war durch einen (klagbaren) individuellen Rechtsanspruch ausgezeichnet. Die beiden anderen Beratungsleistungen wurden erst durch das Kindschaftsrechtsreformgesetz gleichgestellt. Seitdem besteht auf alle Einzelberatungen, die von Erziehungsberatungsstellen (EBStn) durchgeführt werden, ein Rechtsanspruch der Betroffenen. Es verbleibt der Unterschied, dass Erziehungsberatung nur geleistet werden kann, wenn dafür ein multidisziplinäres

<sup>1</sup> Die mit den konfligierenden Sichtweisen verbundenen Probleme waren wiederholt Gegenstand der Berichte von Datenschutzbeauftragten (vgl. Tätigkeitsbericht des Hessischen Datenschutzbeauftragten, 1981, in: bke 1997, S. 200 ff.). Ein grundlegendes Urteil wurde 1987 beim Bundesarbeitsgericht erstritten (in: bke 1997, S. 222 ff.).

Fachteam zur Verfügung steht. Beratungen in Fragen der Partnerschaft, Trennung und Scheidung sowie Beratungen bei der Ausübung der Personensorge müssen dieses Erfordernis nicht zwingend erfüllen.

Zum Auftrag von Erziehungsberatung zählen auch einzelfallübergreifende Aufgaben, wie präventive Angebote und Vernetzungsaktivitäten. Dazu gehören offene Angebote wie der Elternkurs „Kinder im Blick“ oder ein interkultureller Gesprächskreis, die Zusammenarbeit mit Kinderkrippen, Kindergärten und Schulen oder auch themenbezogene Kooperationen: Trennung und Scheidung, sexuelle Gewalt, Netzwerk Frühe Hilfen. Sie sind durch § 28 SGB VIII nicht erfasst. Darauf hatte die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung im Gesetzgebungsverfahren hingewiesen. Auf ihre Intervention hin ist in § 16 Abs. 2 als Nr. 2 eingefügt worden: „Angebote der Beratung in allgemeinen Fragen der Erziehung und Entwicklung junger Menschen“ (Schreiben des Parl. Staatssekretärs Pfeifer vom 16.5.1990, in: *InfEB*, 2/1990, S. 12). Dies ist die Rechtsgrundlage für die einzelfallübergreifenden Aktivitäten der Erziehungsberatung (Deutscher Bundestag, 1990, S. 81) und zugleich für die formlosen Beratungen des Allgemeinen Sozialdienstes. Die Bestimmung stellt eine objektive Rechtspflicht für den öffentlichen Träger der Jugendhilfe dar. Ein Rechtsanspruch ist mit den Aufgaben nicht verbunden; ebenso wenig aber sind es „freiwillige“ Aufgaben.

## ■ Förmliche Gewährung der Leistung

Der neu geschaffene Rechtsanspruch auf Erziehungsberatung löste bald eine Diskussion über die Notwendigkeit der förmlichen Gewährung der Leistung aus. Obwohl Anträge auf Sozialleistungen kein Formerfordernis erfüllen müssen, sondern auch mündlich und durch Dritte (auch ohne Vollmacht) wirksam gestellt werden können (Kretschmer u.a., 1996, § 16 Rn. 9 SGB I; § 33 Abs. 2 SGB X) wurde von einigen Protagonisten der Jugendhilfe die förmliche Gewährung der Leistung durch das Jugendamt verlangt (Altendorf, 1992; Münder, 1995). Eltern, die sich in der Erziehung ihrer Kinder überfordert sehen und deshalb eine Beratung in Anspruch nehmen wollen – wobei zur Leistung nach § 28 ausdrücklich die Befassung mit *Erziehungsfragen* zählt –, müssten danach zunächst dem Jugendamt darlegen, warum sie eine Beratung wünschen. Wobei dann das Jugendamt zu prüfen hätte, ob angesichts der dargestellten Themen bzw. Probleme nicht eine andere Hilfe zur Erziehung eher als „notwendig und geeignet“ (§ 27 SGB VIII) zu gelten hat. Diese Position ist insbesondere in den Ländern Hamburg und Mecklenburg-Vorpommern vertreten worden.

In der Breite des Landes ist dagegen die direkte Inanspruchnahme der Erziehungsberatung durch die Ratsuchenden nicht infrage gestellt worden. Gestützt auf die gemeinsamen Empfehlungen von Deutschem Städtetag und Arbeitsgemeinschaft für Jugendhilfe (1995) blieb die „Selbstbeschaffung“ bei der Erziehungsberatung möglich (vgl. auch DJuF, 2002).

Engverknüpft mit der Frage der förmlichen Gewährung ist auch die Notwendigkeit einer Hilfeplanung für Erziehungsberatung erörtert worden. „Wenn Hilfe voraussichtlich für längere Zeit zu leisten ist“ (§ 36 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII), soll diese Entscheidung im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte getroffen werden. Was dabei als „längere Zeit“ zu verstehen ist, ist gesetzlich nicht definiert. Es wurden daher unterschiedliche Fristen vorgeschlagen, nach denen das Jugendamt über die Fortsetzung einer bereits begonnenen Beratung entscheiden sollte. Der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge versuchte, diese Debatte durch den Vorschlag zu entschärfen, dass die Entscheidung „im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte“ durch das multidisziplinäre Fachteam der Beratungsstelle selbst zu treffen sei (DV 1994/1996, S. 306 f., eine Position, die auch die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung und der Deutsche Städtetag eingenommen haben [bke, 1994, S. 164 f.; DST; AGJ, 1995, S. 302]).

Erst die im Rahmen des Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetzes (KICK) eingefügte Vorschrift des § 36a Abs. 2, nach der „der Träger der öffentlichen Jugendhilfe die niedrigschwellige unmittelbare Inanspruchnahme von ambulanten Hilfen, insbesondere der Erziehungsberatung, zulassen (soll)“, beendete im Jahr 2005 die Debatte um die förmliche Gewährung von Erziehungsberatung.

## ■ Trennung und Scheidung

Das durch das SGB VIII der Erziehungsberatung ausdrücklich als Aufgabe vorgegebene Thema „Trennung und Scheidung“ hat die Entwicklung des Fachgebietes in mehrfacher Hinsicht zentral beeinflusst. Zwar stieß diese Hervorhebung eines einzelnen Aspekts des familiären Zusammenlebens zunächst auf eine skeptische Aufnahme, denn Erziehungsberatung sah (und sieht) sich dadurch definiert, dass sie für *alle* Fragen und Problemstellungen der seelischen und sozialen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen einschließlich der sie beeinflussenden elterlichen Beziehung zuständig ist („Klärung und Bewältigung individueller und familienbezogener Probleme und der zugrunde liegenden Faktoren“, § 28). Trennung und Scheidung aber wurde in den folgenden Jahren zu *dem* Thema der fachlichen Debatte zur Erziehungs- und Familienberatung. Angestoßen durch das KJHG wurden die Logik des elterlichen Trennungsprozesses (Ambivalenz-

phase, Trennungsphase, Nach-Scheidungs-situation) ausbuchstabiert und in seinen Folgen für die Kinder bedacht sowie darauf bezogene Unterstützungsangebote entwickelt (für andere: Menne/Schilling/Weber [Hrsg.], 1993). Einen besonderen Schwerpunkt bildeten Gruppenangebote für Scheidungskinder (bke, 2000).

Dieser fachliche Diskurs wurde durch eine ständig steigende Zahl an Beratungen unterhalten, bei denen „Trennung und Scheidung“ von den Ratsuchenden als Anlass der Inanspruchnahme benannt worden war. Die Bundesstatistik dokumentiert für die Zeit von 1993 bis 2006 einen Anstieg dieser Beratungen von 33.607 auf 74.097 im Jahr. Das entspricht einer Zunahme um 120 %, während die durchschnittliche Inanspruchnahme in diesem Zeitraum nur um 57 % anstieg. Das Scheidungsthema bildete in den bisherigen 25 Jahren KJHG den Motor der Inanspruchnahmeentwicklung ebenso wie der fachlichen Entwicklung der Erziehungsberatung.

Zunächst konzentrierte sich die Diskussion auf das Verhältnis von Beratung und Mitwirkung. Eine Beratung, die sich gerade durch ihre Abstinenz von Entscheidungskontexten definierte, konnte die hoheitliche Aufgabe der Mitwirkung im familiengerichtlichen Verfahren (§ 50 SGB VIII, ggf. i.V.m. § 76 SGB VIII) nicht übernehmen (Menne, 1992a). Sie beschränkt sich auf das Angebot der Unterstützung für diejenigen, die aus eigenem Entschluss Beratung in Anspruch nehmen wollen. Dies ist auch nachvollziehbar angesichts der damals verbreiteten Erwartung einer schriftlichen Stellungnahme, also eines Entscheidungsvorschlags für das Familiengericht (für andere: Münder u.a., 1991, § 50 Anhang zu § 50 Rn. 2). Die weitere Entwicklung im Familienverfahrensrecht bestätigte diese Haltung der Erziehungsberatung: Durch das Kindschaftsrechtsreformgesetz wurde der bis dahin geltende „Entscheidungsverbund“, nach dem das Gericht anlässlich der Scheidung immer auch eine Entscheidung zur elterlichen Sorge zu treffen hat (Zwangsverbund), aufgehoben. Über die elterliche Sorge für die Kinder nach einer Scheidung können seit 1998 die Eltern selbst bestimmen. Wenn sie dazu der Unterstützung bedürfen, haben sie einen Rechtsanspruch auf Beratung (nach § 17 ebenso wie nach § 28). Einer gerichtlichen Entscheidung werden seitdem nur noch diejenigen Fälle zugeführt, bei denen ein Elternteil einen Antrag zum Sorge- oder Umgangsrecht stellt. Diese Regelung entsprach dem Denken von Beratung, das die Befähigung des Ratsuchenden zur eigenen Entscheidung, der Entscheidung seiner Angelegenheiten durch Dritte (hier das Familiengericht) gegenüberstellt. Allerdings zeigte sich bald, dass rechtliche Entscheidungen den emotionalen Konflikt des elterlichen Paares nicht auf Dauer befrieden konnten. Erneut



wurde Erziehungsberatung mit der Erwartung konfrontiert, ihre fachliche Kompetenz in das familiengerichtliche Verfahren einzubringen. Nun allerdings nicht in der Form einer gutachtlichen Stellungnahme, sondern als Versuch, ein hochstrittiges Paar mit therapeutischen Mitteln in Bezug auf seine Kinder zu einem Einvernehmen zu bewegen. Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung führte daher von 2002 bis 2004 und von 2010 bis 2012 zwei Arbeitsgruppen zur Beratung hochkonflikthafter Elternpaare nach Trennung und Scheidung durch, die Möglichkeiten gelingender beraterischer Einwirkung eruieren sollten. (Für die Beraterinnen und Berater hatten diese Arbeitsgruppen angesichts der Kampfbereitschaft der zu Beratenden z.T. auch die Funktion von Selbsthilfegruppen.) Die fachlichen Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen sind in Weber/Schilling (Hrsg.), 2006 und Weber/Alberstötter/Schilling (Hrsg.), 2013 dokumentiert. Ein Forschungsprojekt von Bundeskonferenz für Erziehungsberatung (bke), Deutschem Jugendinstitut (DJI) und Institut für Familien-, Kindheits- und Jugendforschung (IFK) suchte von 2007 bis 2010 einen methodisch disziplinierten Zugang zu der aufwühlenden Thematik. Das Projekt schloss mit einer Handreichung für die Praxis ab (bke; DJI; IFK, 2010).

Für die Beratungsfachkräfte bedeutete die Auseinandersetzung mit hochkonflikthafter Elternpaare die Klärung der Bedingungen, unter denen Personen, die ausdrücklich nicht beraten werden möchten (sondern ihren nachehelichen Kampf vor Gericht austragen wollen), dennoch beraten werden können. Das widersprach der mit dem psychotherapeutischen Paradigma verbundenen Grundannahme der Freiwilligkeit von Beratung. Sukzessive wurden Änderungen der beraterisch-therapeutischen Interventionen ebenso wie der Formen der Kooperation mit Jugendamt, Familiengericht und anderen scheidungsbegleitenden Professionen erprobt. Zentral war dabei die Einsicht, dass Eltern bzw. Elternteile, die um das Sorgerecht für ihr Kind gerichtlich streiten, Situation und Wohl ihres Kindes aus dem Blick verlieren. Beratung muss hier das Wohl des Kindes gegen seine eigenen Eltern zur Geltung bringen. Erziehungs- und Familienberatung hat in diesem Prozess begonnen, das eigene Vorgehen weniger am eher methodischen Paradigma der Psychotherapie (Freiwilligkeit der Inanspruchnahme, Vertrauensschutz) als an einem materiellen Paradigma des Wohls des betroffenen Kindes oder Jugendlichen auszurichten (bke, 2005, S. 127 ff.). Dieses schließt die Arbeit mit unmotivierten Klienten, direkte Interventionen und ggf. auch die Information des Familiengerichts zur Situation des Kindes ein – allerdings immer unter der für Beratung unverzichtbaren Voraussetzung, dass die Bedingungen einer Beratung hochkonflikthafter Eltern für diese transparent sind und von ihnen auch akzeptiert werden.

Abgeschlossen wurde der mühevollen Weg durch das Thema Trennung und Scheidung schließlich mit der Formulierung *Fachlicher Standards für die Beratung von Hochkonflikt-Familien* (bke, 2013).

## ■ Erziehung und Beratung

Einerseits durch das Jugendwohlfahrtsgesetz („Beratung in Fragen der Erziehung“, § 5 Abs. Abs. 1 Nr. 1 JWG) in der Jugendhilfe verortet und andererseits von der Psychiatrie-Enquete als Dienst der ersten Linie der Versorgung psychisch kranker Kinder und Jugendlicher zugeordnet (BMJFG, 1975, S. 13, 24), hat Erziehungsberatung sich in den 80er Jahren „zwischen“ Jugendhilfe, Gesundheits- und Bildungswesen (so der Titel der bke-Jahrestagung 1984) gesehen. Die durch das KJHG erfolgte klare Einordnung in das System der Hilfen zur Erziehung forderte daher zu einer Reflexion des Verhältnisses zur Erziehung heraus.

Schon der von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) erarbeitete *Leitfaden der Erziehungsberatung* (Buckle/Lebovici, 1960) hatte notiert, dass Erziehungsberatung nicht als Pädagogik zu verstehen sei; ebenso wenig sei es ihr Auftrag, Ratschläge zu erteilen (a.a.O., S. 7). Nun diskutierte der Fachverband der Erziehungsberatung aktuelle Elterntrainingsprogramme und setzte sich mit den ihnen zugrunde liegenden Erziehungsvorstellungen auseinander. Dabei stellte er als Spezifikum der Erziehung in der Familie die besondere affektive Beziehung zwischen Eltern und ihren Kindern heraus (bke, 2006a, S. 3). Auf dieser Debatte aufbauend wurde der Versuch unternommen, sich aus den eigenen Erfahrungen heraus dem Begriff der Erziehung zu nähern: Erziehungsberatung muss sich in ihrer Praxis mit Problemen befassen, die im Prozess des Aufwachsens von Kindern und Jugendlichen und im Zusammenleben mit ihrer Familie entstehen. Es sind, zugespitzt, *misslingende* Entwicklungsverläufe, die Eltern zur Inanspruchnahme von Beratung veranlassen und Interventionen der Erziehungsberatung erforderlich machen. Die bke formulierte nun aus den therapeutischen Erfahrungen mit Kindern und ihren Familien heraus Anforderungen an eine *gelingende* Erziehung (bke, 2008a).

Der kinder- und jugendpsychiatrischen Diagnostik zunehmend entfremdet suchte Erziehungsberatung nach anderen Möglichkeiten, die Fragen und Probleme, mit denen Eltern sich bei der Erziehung ihrer Kinder an die Beratungsstellen wandten, zu formulieren. Dazu bot es sich an, den Prozess der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, auf den Eltern durch „Erziehung“ einzuwirken suchen, in seiner ganzen Breite in den Blick zu nehmen. Kinder entwickeln sich vornehmlich aufgrund endogener Reifungsprozesse und sozialer Erfahrungen. Sie müssen immer neue Entwick-

lungsaufgaben bewältigen und verlassen den gerade erreichten Status wieder. Eltern müssen sich daher auf ihr Kind immer wieder neu einstellen, seine erweiterten Fähigkeiten respektieren und es zu weiteren Entwicklungsschritten anregen. Auch das Familiensystem als Ganzes steht dabei vor immer neuen Entwicklungsaufgaben. Feinfühligkeit Eltern, die auf die jeweils neuen Fähigkeiten und Bedürfnisse ihres Kindes eingehen, erfassen seinen jeweiligen Entwicklungsstand und kommen – ohne dass ihnen dies bewusst werden muss – zu Entwicklungsbeurteilungen, die sie der Gestaltung ihrer Beziehung zum Kind und ihren Anregungen zu neuen Entwicklungsmöglichkeiten zugrunde legen. Eine Diagnostik der Erziehungsberatung sollte diesen intuitiven Prozess elterlicher Entwicklungsbeurteilungen methodisch diszipliniert nachvollziehen und ein Kind in seiner psychosozialen, kognitiven und emotionalen Situation im Kontext seiner familialen Entwicklungsbedingungen sehen (Wahlen, 2011). Auf der Basis einer genauen Kenntnis des kindlichen Entwicklungsstandes in seinem familialen Umfeld können dann passgenaue Hilfen entwickelt und angeboten werden. Erziehungsberatung fördert so durch ihre Interventionen eine gelingende seelische und soziale Entwicklung des Kindes und stärkt die „Erziehungs“-Fähigkeit der Eltern, indem sie die von ihr gewonnenen Entwicklungsbeurteilungen in die Beurteilungsperspektive der Eltern übersetzt.

Das diagnostische Instrumentarium ist in einer Forschungsversion als *Entwicklungs-Check* zusammen mit dem Institut für Psychologie der Universität Potsdam entwickelt worden (bke, 2008/2011).

## ■ Psychotherapie

Zum Zeitpunkt des KJHG war die Situation der Psychotherapie in Deutschland rechtlich noch ungeklärt. Sie diente nicht nur der heilkundlichen Behandlung psychisch Kranker, sondern auch die Fachkräfte der Erziehungsberatung sollten nach den Förderrichtlinien der Länder über psychotherapeutische Zusatzqualifikationen verfügen. Dem sind diese in hohem Maße nachgekommen. Vielfach wurden zwei und mehr Qualifizierungen absolviert. Nachdem das Bundesverfassungsgericht 1988 ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes bestätigt hatte, wonach heilkundliche psychotherapeutische Tätigkeit von Dipl.-Psychologen einer Erlaubnis nach dem Heilpraktikergesetz bedarf, stellten die Bundesländer in Durchführungserlassen zum Heilpraktikergesetz fest, dass psychologische Beratung in der Eheberatung bzw. der Erziehungs- und Familienberatung typischerweise keine Ausübung der Heilkunde darstellt. Damit wurde man aus Sicht der Beratungsfachkräfte freilich ihrer fachlichen Kompetenz nicht gerecht. Das Land Nordrhein-Westfalen schlug daher vor, eine nicht-heilkundliche Psychotherapie zu unter-

scheiden, die die Besonderheit der institutionellen Beratung ausmacht. Doch der Versuch, inhaltliche Regeln fachlichen Könnens, die von den einzelnen Beratungsfachkräften eingehalten werden müssen, zu formulieren, war (zunächst) nicht erfolgreich (MAGS. 1994, S. 6).

1999 wurden dann die neuen Heilberufe des Psychologischen Psychotherapeuten und des Kinder- und Jugendlichenpsychotherapeuten gesetzlich eingeführt. Wer unter diesen Berufsbezeichnungen heilkundliche Psychotherapie ausüben will, bedarf der Approbation (§ 1 Abs. 1 Satz 1 PsychThG). Zugleich hielt der Gesetzgeber fest: „Zur Ausübung von Psychotherapie gehören nicht psychologische Tätigkeiten, die die Aufarbeitung und Überwindung sozialer Konflikte oder sonstige Zwecke außerhalb der Heilkunde zum Gegenstand haben“ (Abs. 3 Satz 2). Damit war Erziehungsberatung erneut aus heilkundlicher Psychotherapie ausgenommen und die Fachkräfte konnten eine Anerkennung der von ihnen erworbenen psychotherapeutischen Kompetenz nur über die Übergangsregelung (§ 12 PsychThG) erhalten.

Berater/innen gerieten nun in ein Dilemma: Viele Jugendämter zogen aus der neuen Berufszulassungsregelung den Schluss, dass kindertherapeutische Maßnahmen in der Erziehungsberatung nicht mehr zulässig sein sollten. Beratungen wurden zeitlich begrenzt und die Beratungsstellen aufgefordert, Kinder, die einer längerfristigen psychotherapeutischen Unterstützung bedürfen, an niedergelassene Therapeuten zu überweisen. Andererseits war die neugeschaffene Bundespsychotherapeutenkammer geneigt, möglichst viele Tätigkeiten in der Erziehungsberatung als „heilkundlich“ zu betrachten. Die langwierigen Gespräche zwischen dem Fachverband der Erziehungsberatung und der Bundespsychotherapeutenkammer mündeten schließlich in eine gemeinsame Stellungnahme zur psychotherapeutischen Kompetenz in der Erziehungsberatung, in der festgehalten wurde: „Nicht jede Verwendung einer psychotherapeutischen Intervention erfolgt mit dem Ziel der Krankenbehandlung. (...) Das Instrumentarium psychotherapeutischer Interventionen kann auch zu anderen Zwecken eingesetzt werden. Erziehungsberatung orientiert ihre Praxis am Wohl des Kindes und der Erziehungsfähigkeit seiner Eltern“ (bke; BPTK 2008, S. 221).

Eine letzte Präzisierung der Stellung von Psychotherapie in der Erziehungsberatung ergab sich schließlich durch das Patientenrechtegesetz (PatRG) von 2013. Der im Bürgerlichen Gesetzbuch nun allgemein geregelte „Behandlungsvertrag“ (§§ 630a bis 630h BGB) enthält Pflichten für „Behandler“, für Ärzte ebenso wie für Psychotherapeuten und andere zur Heilkunde zugelassene Berufe, die von Beraterinnen und Beratern in der Jugendhilfe nicht

eingelöst werden können (Menne, 2014). In Orientierung an der vom Wissenschaftlichen Beirat Psychotherapie definierten Unterscheidung von „Psychotherapeutischen Verfahren“, die zur Approbation führen, „Psychotherapeutischen Methoden“, die für eingegrenzte Anwendungsbereiche bzw. Adressaten anerkannt sind und „Psychotherapie-Techniken“, nämlich konkreten Vorgehensweisen, mit deren Hilfe die jeweils angestrebten Ziele erreicht werden sollen (WBP 2010, S. 4 f.), kann Erziehungsberatung heute als Anwendung psychotherapeutischer Techniken beschrieben werden: um „wegzuräumen, was die Entfaltung des Kindes hemmt“, wie Buckle und Lebovici es formuliert hatten (1958, S. 7) oder wie es heute ausgedrückt würde: zur Förderung des Wohls von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz.

## ■ Frühe Hilfen und Kinderschutz

Säuglinge bedürfen der besonderen Aufmerksamkeit und Pflege durch ihre Eltern. Diese begleiten ihr Kind in seiner emotionalen, sozialen und kognitiven Entwicklung. Feinfühligkeit und Empathie ermöglichen dabei den Eltern i.d.R. intuitiv angemessenes Handeln. Die frühkindliche Beziehung zwischen dem Kind und seinen Eltern (Bezugspersonen) hat in den 90er Jahren die verstärkte Aufmerksamkeit der Erziehungs- und Familienberatung erfahren. Mit drei Fachtagungen rezipierte die bke Ergebnisse der Bindungsforschung für die Erziehungsberatung (Suess/Pfeifer [Hrsg.], 1999; Suess/Scheuerer-Englisch/Pfeifer [Hrsg.], 2001; Scheuerer-Englisch/Suess/Pfeifer [Hrsg.], 2003) und prägte mit dem ersten Band den Begriff „Frühe Hilfen“. Die Fachkräfte haben sich zudem durch spezifische Weiterbildungen für die Arbeit mit dieser Klientel qualifiziert. Bis dahin waren EBStn für Säuglinge und Kleinkinder noch kaum in Anspruch genommen worden. 1993 wurden erst 8.300 Beratungen für diese Gruppe durchgeführt. Im Jahr 2013 waren es bereits 27.500. Unter ihnen sind Kinder in armen Familien und Kinder bei alleinerziehenden Elternteilen überdurchschnittlich vertreten (bke, 2014, S. 19).

Ratsuchende können die Adressen von mehr als 600 EBStn, die sich konzeptionell auf die Arbeit mit Familien mit Säuglingen und Kleinkindern besonders eingestellt haben, auf bke.de finden. An den örtlichen Netzwerken Frühe Hilfen beteiligten sich 2010 bereits 500 Beratungsstellen. Weitere 200 hatten dies geplant (bke, 2014, S. 25). Der spezifische Beitrag der Erziehungsberatung in den Netzwerken Frühe Hilfen sowohl als Unterstützung junger Eltern als auch als Fachberatung für andere Dienste und Einrichtungen wird in einer Sonderpublikation des Nationalen Zentrums Frühe Hilfen beschrieben (bke, 2014). Erziehungsberatung hat dabei den Vorzug, Kinder und deren Familien, die bereits früh in

den Blick der Hilfesysteme geraten sind, auch in der weiteren Entwicklung des jungen Menschen unterstützen zu können.

Der Ausbau Früher Hilfen auf der örtlichen Ebene soll den Kinderschutz verstärken (§ 3 KKG). Dabei kommt der möglichen Weitergabe von Daten an das Jugendamt eine besondere Bedeutung zu. Die 2005 in § 8a SGB VIII eingeführten Regelungen zum Kinderschutz haben für die Fachkräfte der Erziehungsberatung eine erhöhte Rechtssicherheit geschaffen. Konnten Berater/innen bis dahin, wenn sie das Wohl eines Kindes gefährdet sahen, die ihnen obliegende Pflicht zum Schutz des Privatgeheimnisses (§ 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB) nur unter Berufung auf einen rechtfertigenden Notstand (§ 34 StGB) durchbrechen, war es ihnen nun möglich, sich auf eine gesetzliche Pflicht zur Weitergabe von Daten an das Jugendamt zu berufen (§ 8a Abs. 2 Satz 2 SGB VIII [alt]). Allerdings konnte rechtlich bezweifelt werden, ob die statuierte Pflicht durch eine bloße Vereinbarung des Jugendamtes mit den Trägern der freien Jugendhilfe auf deren Fachkräfte, die persönlich Adressaten der Schweigepflicht nach § 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB sind, ausgeweitet werden kann. Dieses Bedenken ist 2012 durch § 4 Abs. 1 Nr. 3 KKG ausgeräumt worden.

Die Intention des Schutzauftrags nach § 8a SGB VIII, den Kinderschutz nicht nur durch Einbeziehung der Fachkräfte freier Träger vorzuverlagern, sondern bereits bei „gewichtige(n) Anhaltspunkte(n) für die Gefährdung des Wohls eines Kindes oder Jugendlichen ... das Gefährdungsrisiko im Zusammenwirken mehrerer Fachkräfte einzuschätzen“, bestätigte für die Erziehungs- und Familienberatung die selbst gesetzten Grundsätze fachlichen Handelns in der institutionellen Beratung, die dazu verpflichten, alle besonders schwierigen Beratungen, „z.B. angekündigter Suizid, sexueller Missbrauch, Gewaltandrohung“ im multidisziplinären Fachteam vorzustellen (DAKJEF, 2003, S. 379). Jährlich werden in der Erziehungsberatung ca. 10.000 Gefährdungseinschätzungen im Team der Beratungsstelle vorgenommen (bke, 2012b, S. 43).

Bezogen auf alle 2013 neu begonnenen erzieherischen Hilfen, Eingliederungshilfen für seelisch behinderte junge Menschen und Hilfen für junge Volljährige wurde bei 38.159 Hilfen eine Gefährdung des Kindeswohls als Grund der Hilfe angegeben. In der Erziehungsberatung waren es 13.745 Beratungen, die wegen einer Gefährdung des Kindeswohls stattfanden. Das sind 4,4 % aller neu begonnenen Beratungen. Das Thema scheint in der Erziehungsberatung kaum eine Rolle zu spielen (vgl. Fendrich/Tabel, 2013, S. 8). Doch bezogen auf alle Hilfen, die wegen einer Gefährdung des Kindeswohls geleistet wurden, stellte Erziehungsberatung jede dritte Hilfe (36,0 %). Damit ist ihr Anteil eben so groß wie der der



Fremdplatzierungen (34,7 %). Andere ambulante Hilfen stellten bei diesem Hilfegrund ein gutes Viertel der Hilfen (29,0 %).<sup>2</sup>

Wenn Beratung selbst als geeignete Hilfe nicht ausreicht, sind EBStn entsprechend § 4 Abs. 3 Satz 1 KKG befugt, personenbezogene Daten auch an das Jugendamt weiterzugeben. Das war 2013 bei 1.134 jungen Menschen der Fall. Das Jugendamt veranlasste seinerseits bei 4.891 Kindern und Jugendlichen nach der von ihm durchgeführten Gefährdungseinschätzung eine Unterstützung durch Erziehungsberatung (Stat. Bundesamt, 2014b, Tab. T3, T6).

Beraterinnen und Beratern ist zudem die Aufgabe einer „insoweit“, nämlich im Kinderschutz, erfahrenen Fachkraft übertragen worden. Zur Abschätzung eines Gefährdungsrisikos durch andere Leistungserbringer nach dem SGB VIII sind von den Jugendämtern mehr als 1.500 Berater/innen aus EBStn benannt worden. Sie stehen insbesondere Kindertagesstätten und Horten zur Verfügung und haben im Jahr 2010 3.000 Gefährdungseinschätzungen vorgenommen (bke, 2012b, S. 43). Durch das Bundeskinderschutzgesetz ist bei etlichen Beratungsstellen auch noch die Aufgabe der erfahrenen Fachkraft für die Inanspruchnahme durch Schulen und das Gesundheitswesen (§ 4 Abs. 2 KKG; § 8b Abs. 1 SGB VIII) hinzugekommen.

## ■ Verhältnis zum Jugendamt

Das Verhältnis der Erziehungsberatung zum örtlichen Jugendamt war bei Inkrafttreten des KJHG meist ein distanziertes: Hatte das Jugendamt doch den Schutzauftrag im Rahmen des staatlichen Wächteramts aus Art. 6 Abs. 2 GG inne und die Kompetenz, Kinder in Obhut zu nehmen oder ggf. das Familiengericht anzurufen, um Eltern das Sorgerecht entziehen zu lassen. Eltern, die aus eigener Entscheidung die Hilfe von Beratung in Anspruch nahmen, war daher zuzusichern, dass alle zu ihrem persönlichen Lebensbereich gehörenden Informationen, die sie einer Beraterin oder einem Berater anvertrauten, auch bei diesen verbleiben und nicht an Dritte weitergegeben werden würden. Diese aus dem Modell der Psychotherapie abgeleitete Verpflichtung war der Erziehungsberatung sowohl durch die Grundsätze zur Gestaltung der Förderrichtlinien der Länder (1973, S. 413) als auch durch § 203 Abs. 1 Nr. 4 StGB, der seit 1974 (Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch – EGStGB) ausdrücklich „Ehe-, Familien-, Erziehungs- oder Jugendberater“ zur Wahrung des Privatgeheimnisses Ratsuchender verpflichtete, auferlegt. Eine Weitergabe anvertrauter Daten war (und ist) für Fachkräfte der Erziehungsberatung nur unter zwei Bedingungen rechtlich zulässig: (1) Es liegt die Einwilligung des Betroffenen zur Weitergabe vor bzw. (2) es

gilt eine gesetzliche Offenbarungsbefugnis (z.B. §§ 34, 138 StGB, § 65 Abs. 1 Nr. 4 SGB VIII oder § 4 Abs. 2 KKG).

Erziehungsberatungsstellen in kommunaler Trägerschaft wurden deshalb vor dem KJHG häufig aus der Struktur des Jugendamtes ausgegliedert und direkt dem Sozialdezernenten unterstellt. Das KJHG erklärte nun den örtlichen Träger der öffentlichen Jugendhilfe für die Gewährung von Leistungen und die Erfüllung anderer Aufgaben (§ 85) für zuständig und verpflichtete ihn zugleich, zur Wahrnehmung dieser Aufgaben ein Jugendamt zu errichten (§ 69 Abs. 3). In der Folge wurden kommunale EBStn meist in das Jugendamt integriert, z.B. als eigene Abteilungen (KGSt, 1995, S. 35 u. 47), denn der besondere Vertrauensschutz war jetzt ja auch amtsintern zu wahren. Freilich brauchte es seine Zeit, bis der funktionale Stellenbegriff sich innerhalb der Jugendämter durchsetzte und allgemein akzeptiert wurde, dass der Allgemeine Soziale Dienst des Jugendamtes für die kommunale Erziehungsberatungsstelle datenschutzrechtlich ein Dritter ist (vgl. DIJuF, 2007).

Die Erziehungsberatung hat im Verhältnis zum Jugendamt früh deutlich gemacht, dass sie sich als Teil des Systems der Hilfen zur Erziehung sieht und ihre Fachkompetenz für die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII für Hilfen, die voraussichtlich längere Zeit zu leisten sind, angeboten: Die Kenntnis der seelischen Entwicklung von Kindern und Jugendlichen, verbunden mit diagnostischer Kompetenz und einer Analyse der familialen Interaktionsdynamik sowie intensive Erfahrungen mit der Veränderung familialer Systeme, können zu einer Qualifizierung der örtlichen Hilfeplanung beitragen (bke, 1994, S. 168 f.; 2006b, S. 277). Einer entsprechenden Empfehlung des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge (1994, S. 308) sind die Jugendämter eher zögerlich gefolgt. Immerhin wirkten Erziehungsberatungsstellen nach einer Erhebung der bke im Jahr 2003 in über 12.000 Fällen bei der Hilfeplanung für andere Hilfen zur Erziehung mit (bke, 2006b, S. 284).

Von der Steuerungsverantwortung des Jugendamtes im Einzelfall ist Erziehungsberatung durch die mit dem KICK 2005 eingeführten Regelungen zur Steuerung von Leistungen durch das Jugendamt (§ 36a Abs. 1 SGB VIII) ausdrücklich ausgenommen. Erziehungsberatung soll von den Ratsuchenden direkt in Anspruch genommen werden können. Die Steuerung der Leistung erfolgt daher nicht durch Gewährung einer Beratung im Einzelfall, sondern über die Bereitstellung des Beratungsangebots als solchem (Deutscher Verein, 2006a, S. 610). Das aber würde zum einen eine empirisch begründete Bedarfsplanung und zum anderen die politische Bereitschaft, über die notwendigen Beratungskapazitäten (Zahl der Planstellen) zu entscheiden, voraussetzen (s.a. Finanzierung).

Nicht nur kommunal getragene Erziehungsberatungsstellen haben in den letzten Jahren vermehrt *fachdienstliche Aufgaben*, also Tätigkeiten, die nicht im strengen Sinne auf Beratung von Kindern und ihren Familien zielen, aber die Erfahrungen von Beratung für das Klientel des Jugendamtes nutzen, übernommen. Hierzu zählen u.a. die Mitwirkung im Kontext familiengerichtlicher Verfahren,<sup>3</sup> das Einbringen psychodiagnostischer Kompetenz bei der Entscheidung über Eingliederungshilfen und die Aufgabe einer im Kinderschutz erfahrenen Fachkraft zur Gefährdungseinschätzung nach § 8a. Doch statt die Fachkompetenz der Erziehungsberatung zu nutzen, versuchten etliche Jugendämter wiederholt, Beratungsprozesse für Kinder, Jugendliche und Familien zeitlich zu begrenzen und eine Fortsetzung der Beratung von der Hilfeplanung des Amtes abhängig zu machen.

## Gemeinsame Empfehlungen von DIJuF und bke

Die wiederholten Debatten zum Verhältnis von Erziehungsberatung und Jugendamt haben das Deutsche Institut für Jugendhilfe und Familienrecht und die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung zum Anlass für eine grds. Erörterung genommen. Sie stellen danach gemeinsam fest:

- Das durch § 36a Abs. 2 SGB VIII gewährte Recht der direkten Inanspruchnahme von Erziehungsberatung privilegiert die Ratsuchenden, die eine Hilfe ohne Entscheidung des Jugendamtes in Anspruch nehmen können, nicht die Beratungsfachkräfte.
- Beratungen reichen in ihrer Intensität und Dauer nicht an andere Hilfen zur Erziehung heran. Selbst überlange Beratungen erreichen nicht den Stundenumfang, der bei anderen Hilfen als kurzfristig aus der Hilfeplanung nach § 36 ausgenommen ist.
- Den Fachkräften der Erziehungsberatung obliegt die Aufgabe der Klärung, ob im Einzelfall die eigenen Unterstützungsmöglichkeiten ausreichen oder ob ein Ratsuchender an andere Dienste und Einrichtungen weiterzuverweisen ist.
- Insbesondere obliegt den Beratungsfachkräften die Einschätzung, ob für einen jungen Menschen die Prüfung einer an-

<sup>2</sup> Aus Platzgründen sind tabellarische und grafische Aufbereitungen von Daten in diesem Beitrag nur ausnahmsweise abgedruckt. Der ungekürzte Beitrag kann unter [www.researchgate.net/profile/Klaus\\_Menne/publications](http://www.researchgate.net/profile/Klaus_Menne/publications) heruntergeladen werden.

<sup>3</sup> Die ggf. nach einem Scheitern der Beratung im Interesse des Kindes an das Familiengericht weiterzugebenden Informationen über Umfang und Setting der Beratung, psychologische Gesichtspunkte zur Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen und weitere Möglichkeiten der Hilfe (Deutscher Verein, 2010, S. 274) entsprechen den Vorgaben von § 50 Abs. 2 Satz 1 SGB VIII.

deren Hilfe zur Erziehung durch das Jugendamt angezeigt ist.

- Jugendämter sollten bei der Gewährung von Hilfen zur Erziehung auch die mögliche Eignung von Erziehungsberatung im Blick haben.
- Jugendämter sollten bei der Entscheidung über längerfristige Hilfen zur Erziehung die diagnostischen und therapeutischen Erfahrungen der Erziehungsberatung einbeziehen (bke; DIJuF, 2012).

Nach diesen Debatten ist das Verhältnis von Erziehungsberatung und Jugendamt deutlich verbessert, wenn auch nicht überall strukturierte Abläufe vereinbart sind. Die skizzierte Stellungnahme ist eine solide Grundlage für eine im Interessen der Kinder und Jugendlichen zu intensivierende Zusammenarbeit.

## ■ Qualitätssicherung

Die fachliche Qualität der Erziehungsberatung ist 1973 in den *Grundsätzen für die einheitliche Gestaltung der Richtlinien der Länder für die Förderung von Erziehungsberatungsstellen* (Grundsätze, 1973) beschrieben worden. Sie legten die Zusammensetzung des multidisziplinären Fachteams, die von den Fachkräften zu erwerbenden Zusatzqualifikationen sowie die eingangs angesprochenen *Essentials* der Erziehungsberatung fest. Mit Inkrafttreten des KJHG ist die Verantwortung für die Gestaltung der Leistung Erziehungsberatung an die örtlichen Jugendämter übergegangen (§ 69). Dies hat die Frage aufgeworfen, ob den Jugendämtern durch Richtlinien zur Förderung der Erziehungsberatung einzuhaltende Qualitätsstandards vorgegeben werden dürfen, weitergehend, ob Länder Leistungen, auf die ein klagbarer Rechtsanspruch besteht, überhaupt fördern dürfen. Der Landeswohlfahrtsverband Württemberg-Hohenzollern hat deshalb frühzeitig die Landesförderung für Erziehungsberatung eingestellt und dies durch eine gleichzeitige Erhöhung der Kommunalumlage ausgeglichen. Seinem Beispiel sind später andere Länder in unterschiedlicher Weise gefolgt. Heute bestehen Landesförderungen noch in acht Bundesländern.

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung hat diese (absehbare) Entwicklung zum Anlass genommen, Erziehungs- und Familienberatung im Rahmen der Bundesinitiative Qualitätssicherung in der Kinder- und Jugendhilfe differenziert durch Qualitätsmerkmale und operationalisierte Kennziffern zu beschreiben (bke, 1999). Die formulierten Qualitätsmerkmale geben einen trägerübergreifenden fachlichen Konsens wieder und sind von verschiedenen Trägergruppierungen (mit leichten Modifikationen) übernommen worden (für andere: EKFuL, 2013). Auf der Grundlage der insgesamt 64 beschriebenen Kennziffern wurden anschließend 24 Qualitätsmerkmale als

*Fachliche Standards für die Arbeit und Ausstattung von Beratungsstellen für Kinder, Jugendliche und Eltern* ausgezeichnet. Die Beratungsstellen erhielten so die Möglichkeit, ihre Qualitätsstandards durch ein Qualitätssiegel öffentlich erkennbar miteinander zu teilen.

Die Jugendhilfe insgesamt ist mit dem durch das BMFSFJ angestoßenen Thema der Qualitätssicherung zögerlich umgegangen und hat ihm den Begriff der „Qualitätsentwicklung“ entgegengestellt, der in die 1999 eingeführten Regelungen zur Entgeltfinanzierung Eingang gefunden hat (§ 78 Abs. 1 Nr. 3 SGB VIII). Doch die Debatte zum Kinderschutz hat vor Augen geführt, dass „Maßstäbe für die Bewertung der Qualität sowie geeignete Maßnahmen zu ihrer Gewährleistung“ bei allen Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe unabdingbar sind (§§ 74 Abs. 1 Nr. 1, 79a). Die Arbeitsgemeinschaft für Kinder- und Jugendhilfe und die Bundesarbeitsgemeinschaft der Landesjugendämter zählen heute in ihren *Handlungsempfehlungen zum Bundeskinderschutzgesetz* das bke-Qualitätssiegel zu den „bereits angewandten Grundsätzen und Maßstäben für die Bewertung der Qualität“ nach § 79a Satz 3 SGB VIII (AGJ; BAGJÄ, 2012, S. 44).

Das bke-Siegel *Geprüfte Qualität* kann von Erziehungs- und Familienberatungsstellen einzeln oder in einer Gruppe (Einrichtungen einer Gebietskörperschaft oder Einrichtungen eines Trägers) beantragt werden. So sind die Frankfurter Erziehungsberatungsstellen gemeinsam mit dem Qualitätssiegel ausgezeichnet worden. Über die Vergabe wird durch eine unabhängige Kommission entschieden, der Vertreter der unterschiedlichen Verantwortungsebenen angehören (Beratungsstellen, Jugendämter, Länder, Hochschulen).

## ■ Finanzierung

Erziehungsberatung wird von Erziehungsberatungsstellen „und anderen Beratungsdiensten und -einrichtungen“ (§ 28 SGB VIII) erbracht. Alle Leistungserbringer muss ein multidisziplinäres Fachteam, das mit unterschiedlichen Methoden vertraut ist, vorhalten. Die EBStn befinden sich zu etwa einem Drittel in kommunaler Trägerschaft und sind damit durch den Träger der öffentlichen Jugendhilfe direkt finanziert. Zwei Drittel der EBStn werden von Trägern der freien Jugendhilfe unterhalten. Sie werden i.d.R. durch ein institutionelles Budget finanziert. Das KJHG hat ausdrücklich auch „andere“ Dienste und Einrichtungen zur Leistungserbringung zugelassen. Über sie liegen keine validen statistischen Angaben vor. Die von ihnen durchgeführten Beratungen werden meist einzelfallbezogen durch das Jugendamt bewilligt und durch Entgelt finanziert (vgl. Rechnungshof Freie und Hansestadt Hamburg, 2011).

Das Budget der frei getragenen Beratungsstellen setzt sich aus den Komponenten (1) Landesförderung – wo diese besteht, (2) kommunale Mittel und (3) Eigenmittel des Trägers zusammen. Die Einnahme von Gebühren ist nur in geringem Umfang möglich (bke, 2006c), da die zentralen Leistungen von EBStn durch §§ 90, 91 SGB VIII ausdrücklich beitragsfrei gestellt worden sind. Zwischenzeitliche Versuche, auch bei der Erziehungsberatung eine Kostenbeteiligung der Ratsuchenden einzuführen (vgl. den Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Kommunen im sozialen Bereich [KEG] des Bundesrates), wurden vom Bundestag abgelehnt.

Vor Inkrafttreten des KJHG erhielten die Träger der freien Jugendhilfe eine *Förderung* durch Verwaltungsakt. Inzwischen werden vermehrt *Leistungsvereinbarungen* geschlossen. Diese sind seit dem Kinder- und Jugendhilfeweiterentwicklungsgesetz (KICK) 2005 durch § 36a Abs. 2 Satz 2 SGB VIII vorgeschrieben. In den Leistungsvereinbarungen werden Entgelt für die Einzelfallberatungen (§ 77 SGB VIII) und Förderung für die einzelfallübergreifenden Aktivitäten (§ 74 SGB VIII) zusammengeführt (für einen Mustervertrag siehe bke, 2001b). Seit dem KJHG wurden von den Beratungsstellen zusätzliche fachdienstliche Aufgaben übernommen. Sie sollten in voller Höhe durch Entgelt finanziert werden (bke, 2008b, 2009a).

Die Finanzierung der Erziehungsberatung durch ein institutionelles Budget hat für den Träger der öffentlichen Jugendhilfe ebenso wie für die Ratsuchenden selbst den Vorteil, dass in die Leistungserbringung kein Finanzierungsinteresse eingeht. In Erziehungsberatungsstellen durchgeführte Maßnahmen nehmen bei gleicher Problemlage des jungen Menschen weniger Beratungskontakte in Anspruch als z.B. Behandlungen durch niedergelassene Psychotherapeuten (Schultze, 1999; Look/Hennekemper/Kaminski, 2004). Der Landesrechnungshof Hamburg hat festgestellt, dass die durchschnittliche Beratungsdauer in EBStn deutlich unter der Dauer von Beratungen bei „anderen Diensten und Einrichtungen“ liegt, die durch Einzelfallentscheidung des Jugendamtes bewilligt worden sind (Rechnungshof Freie und Hansestadt Hamburg, 2011, S. 103 f.). Deshalb sollen nun andere Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden (a.a.O., S. 104).

Die Finanzierung durch ein institutionelles Budget ist jedoch zugleich mit dem Nachteil verbunden, dass sich der Umfang der Gesamtkosten einer Erziehungsberatungsstelle im Wesentlichen durch die Zahl der zu berücksichtigenden Personalstellen ergibt. Steigt die Inanspruchnahme oder entstehen neue Aufgaben, so ist über die Zahl der künftig benötigten Stellen zu entscheiden. Dieser Entscheidung wird auf der örtlichen Ebene i.d.R.



aus dem Wege gegangen. Die Ausgaben der Träger der öffentlichen Jugendhilfe für Erziehungsberatung sind in der Folge zwischen 2005 und 2009 praktisch konstant geblieben (bke, 2012b, S. 54), während die Ausgaben für Erziehungsbeistand, Betreuungshelfer im selben Zeitraum um gut die Hälfte und diejenigen für Sozialpädagogische Familienhilfe um mehr als 80 % gestiegen sind (ebd.). Auch der 14. Kinder- und Jugendbericht stellt fest, dass „die ‚Ambulantisierung‘ der Kinder- und Jugendhilfe in den vergangenen beiden Jahrzehnten an den Beratungsstellen vorbeigegangen (ist) und die mit dem erheblichen Ausbau öffentlicher Jugendhilfe in den letzten 15 Jahren verbundenen finanziellen Ressourcen (...) deutlich stärker in andere Felder geflossen (sind)“ (BMFSFJ, 2013, S. 306).

Das „Berliner Modell“ vermeidet die Nachteile der Einzelfallfinanzierung, indem es der steigenden Inanspruchnahme von Beratung durch – empirisch begründete – *Fallpauschalen* Rechnung trägt, die zu einer Sockelfinanzierung der Beratungsstelle hinzukommen (SenBWF, 2009).

## Statistik

Das KJHG hat für die Erziehungsberatung erstmals eine Einzelfallstatistik eingeführt. Bis dahin hatten die Beratungsstellen kumulierte Daten an die Statistischen Ämter gemeldet. Die Neuerung führte daher zu einer Debatte, ob die nun vorgeschriebenen differenzierten Angaben möglicherweise eine Reidentifizierung der Ratsuchenden und damit den Bruch des zugesagten Vertrauensschutzes zulassen. Auch war der Erhebungsbogen für die institutionelle Beratung, insbesondere bei den Anlässen für die Beratung, verbesserungswürdig (Menne, 1997, S. 231 ff.).

Seit 2007 wird die Statistik *Erzieherische Hilfe, Eingliederungshilfe für seelisch behinderte junge Menschen, Hilfe für junge Volljährige* mit einem neuen, nun vereinheitlichten Instrument erfasst. Für die Erziehungsberatung bedeutete dies, dass nicht nur wie bis dahin die abgeschlossenen Beratungen zu melden waren. Erfasst werden seitdem auch die in einem Jahr neu begonnenen Beratungen. Damit lässt sich jetzt die Inzidenz aller Hilfen zur Erziehung verfolgen und in ihrer Verteilung zwischen den Hilfen präzise darstellen.

Die Überarbeitung der Statistik war zugleich mit einer Neufassung der Veranlassung zu den Hilfen verbunden. War zunächst erhoben worden, welche Anlässe die Beratenen selbst für ihren Unterstützungswunsch angaben, wird nun die Sicht der Beratungsfachkraft erfasst: Aus welchen Gründen hält sie die Beratung für erforderlich? Beide Sichtweisen führen zu durchaus unterschiedlichen Ergebnissen, weil Eltern zunächst oft einen sozial vertretbar erscheinenden Anlass benennen, wie z.B. Schulprobleme des Kindes,

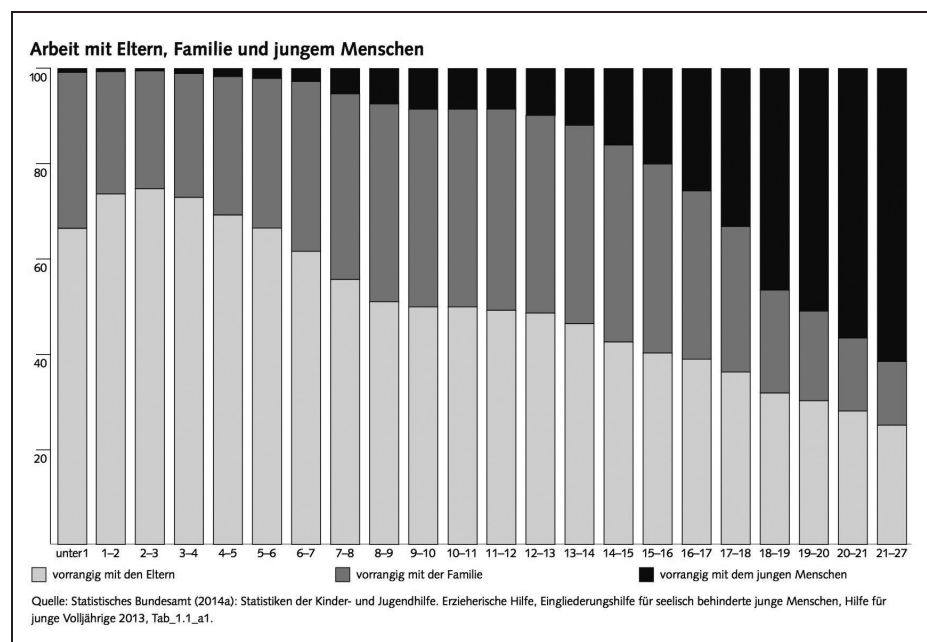
während Beratungsfachkräfte schon im Erstgespräch z.B. die elterlichen Beziehungskonflikte erkennen, die das Kind zu seiner Reaktion veranlassen.

Neu eingeführt ist auch eine Unterscheidung der (beendeten) Beratungen danach, ob vorrangig mit den Eltern, vorrangig mit der Familie (also mindestens einem Elternteil und mindestens einem Kind) oder vorrangig mit dem jungen Menschen selbst gearbeitet wurde. Die Daten veranschaulichen, dass in der Erziehungsberatung bei jüngeren Kindern (bis acht Jahre) überwiegend mit den Eltern, dann bis zu einem Alter von 16 Jahren auch mit Eltern und Kind gemeinsam gearbeitet wird. Danach nimmt die vorrangige Beratung des jungen Menschen selbst deutlich zu. Über alle Beratungen gesehen wird in jedem zweiten Fall auch der junge Mensch in relevantem Umfang in den Beratungsprozess einbezogen.

Erziehungsberatung nach § 28 ergänzen und für die nicht meldepflichtigen Beratungen modifiziert sind. Sie gestatten zudem, die Beratungssituation selbst detailliert zu dokumentieren. Auch die einzelfallübergreifenden Leistungen sind kategorial berücksichtigt. An die Stelle der ursprünglichen Sorge um den Datenschutz ist so der Wunsch nach einer genauen Dokumentation der Leistung „Erziehungsberatung“ getreten (bke, 2009b, teilweise aktualisiert in bke, 2015, S. 434 ff.).

## Inanspruchnahme von Erziehungsberatung

In der Erziehungsberatung hat sich die Inanspruchnahme durch Ratsuchende von 197.955 (beendeten) Beratungen im Jahr 1993 auf 310.082 (neu begonnene) Beratungen im Jahr 2013 erhöht.<sup>5</sup> Dabei stieg die Zahl der Rat-



Die Erfassung der Intensität der Beratung (operationalisiert über die für einen Beratungskontakt aufgewandte Zeit) führt bedauerlicherweise zu Artefakten. Hier sollte – wie bei den anderen Hilfen zur Erziehung – die mit den Beratenen verbrachte Netto-Beratungszeit erhoben werden (vgl. Menne, 2014c). Auch die Erfassung der Einrichtungen, die Leistungen nach § 28 SGB VIII vorhalten, ist noch unbefriedigend<sup>4</sup> (ebd.; kritisch schon Menne, 1992b, S. 319).

Mit der Vereinheitlichung des Erhebungsbogens musste auf einige für die Erziehungsberatung spezifische Items verzichtet werden. Dies war für die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung Anlass, möglichen Ergänzungen der Bundesstatistik nachzugehen. Sie hat dazu bereits gebräuchliche landes- oder trägerspezifische Meldebögen analysiert und systematisiert. Inzwischen liegen *bke-Erhebungsmerkmale* vor, die die Erfassung von

suchenden bis 2005 kontinuierlich (im Schnitt um knapp 4 %). Seitdem hat sich die Zahl der neu begonnenen Beratungen bei etwa 310.000 eingependelt.

Dabei hat sich die Zunahme der Beratungen je nach Altersgruppe des Kindes unterschied-

4 In der Bundesstatistik wurden zunächst „Erziehungs-, Jugend- und Familienberatungsstellen“ zusammen erfasst. Seit 1998 wird differenziert nach „Erziehungs- und Familienberatungsstellen“, „Ehe- und Familienberatungsstellen“ sowie „Jugendberatungsstellen“. Betrachtet man die Daten der Erziehungsberatungsstellen nach Ländern, so wird leicht deutlich, dass auch Einrichtungen in die Statistik gemeldet werden, die nicht über ein multidisziplinäres Team als Leistungsvoraussetzung verfügen. Eine Prüfung dieser Meldungen findet jedoch nicht statt.

5 Da Beratungen nach § 28 im Durchschnitt eine unterjährige Dauer haben, bleibt die Größenordnung bei beiden Erfassungsarten erhalten. Die Daten können miteinander verglichen werden.

lich vollzogen. Während die Entwicklung bei den Drei- bis unter Sechsjährigen und bei den 18- bis unter 21-Jährigen etwa dem Durchschnitt entsprach, war die Veränderung bei den Sechs- bis unter Zwölfjährigen, die schon früher die höchste Inanspruchnahme hatten, unterdurchschnittlich. Fast verdoppelt hat sich die Inanspruchnahme bei den Jugendlichen (12- bis unter 18-Jährigen). Dazu haben die zunehmenden Anregungen Sozialer Dienste, eine Beratung aufzusuchen, beigetragen. Die Zahl der unter Dreijährigen, die über lange Jahre in der Erziehungsberatung kaum vorgestellt worden waren, hat sich mehr als verdreifacht. Dies ist auf das starke Engagement der Beratungsstellen beim Thema Frühe Hilfen zurückzuführen (bke, 2014).

Bezieht man die Beratungen für Minderjährige auf die Zahl der Minderjährigen in der Bevölkerung, so ergibt sich eine Steigerung der Inanspruchnahmequote von 111 Beratungen im Jahr 1993 auf 234 Beratungen je 10.000 dieser Altersgruppe 2013. Die Standardisierung zeigt, dass Erziehungsberatung für Minderjährige heute doppelt so häufig in Anspruch genommen wird wie zur Zeit des Inkrafttretens des KJHG.

Von 1996 bis 2013, also in einem Zyklus der Minderjährigkeit, wurden 33,9 % der Minderjährigen in der Bevölkerung durch Erziehungsberatung unterstützt. Projiziert man die aktuelle Quote der Inanspruchnahme in die Zukunft, werden über 40 % der Minderjährigen erreicht. Es ist daher konservativ geschätzt, wenn auch für die Zukunft davon ausgegangen wird, dass Erziehungs- und Familienberatung bei jedem dritten Kind dazu beiträgt, dass sein Aufwachsen in der Familie gelingt.<sup>6</sup>

sie inzwischen 172 je 10.000 erreicht und sich damit gegenüber 1993 verdoppelt. Bei den unter Dreijährigen liegt die Quote bei 135 je 10.000 und hat sich damit gegenüber 1993 vervierfacht.

## Beratene und Bevölkerung

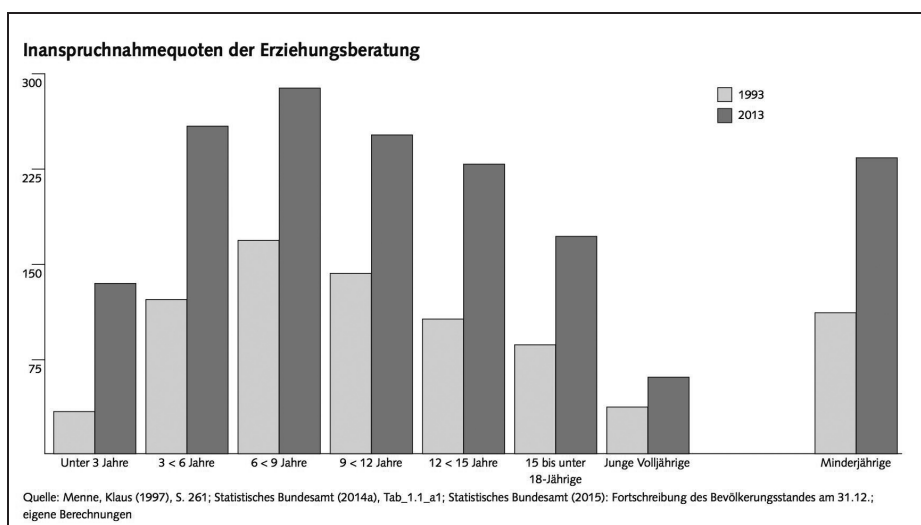
Die durch das KJHG eingeführte Statistik erfasst auch die Familienform, in der das Kind lebt. Sie war zunächst als „Art des Aufenthaltes“ des jungen Menschen operationalisiert. Seit 2007 wird (auch) die „Situation in der Herkunftsfamilie bei Hilfebeginn“ erhoben. Die Daten der Bundesstatistik bilden auf diese Weise die Veränderung der Familienformen in der Gesellschaft ab, wie sie sich in der Erziehungs- und Familienberatung niedergeschlagen haben. Lebten 1993 noch 54,4 % der Kinder, Jugendlichen und jungen Volljährigen, um derenwillen Beratung erfolgte, bei den beiden leiblichen Eltern, kann 2013 nur noch bei 43,4 % der Eltern der jungen Menschen davon ausgegangen werden, dass sie zusammenleben. Bei einem alleinerziehenden Elternteil lebten 1993 21,5 % der Beratenen. Heute liegt dieser Anteil bei 37,8 %. Bei einem Elternteil mit einem Stiefelternteil oder Lebenspartner lebten 1993 12,6 % der jungen Menschen. Inzwischen sind es 16,5 % (Menne, 1997, S. 212; Stat. Bundesamt, 2014a, Tab 3\_a). Die Mehrheit der Kinder und Jugendlichen, um derenwillen Beratung in Anspruch genommen wird und der jungen Volljährigen, die Beratung aufsuchen, stammt aus Familien, in denen die beiden Eltern, denen sie ihre Existenz verdanken, nicht mehr zusammenleben.

In der Bevölkerung lebten 2010 noch 77 % der Minderjährigen bei ihren leiblichen Eltern. In der Erziehungsberatung ist diese Bevöl-

an der Bevölkerung entspricht. Stiefkinder hatten in der Bevölkerung einen Anteil von 6 %. In der Erziehungsberatung sind sie fast dreimal so häufig vertreten (bke, 2012, S. 11). Erziehungsberatung arbeitet in familienstruktureller Hinsicht mit einer Klientel, die – in noch stärkerem Maße – auch für die anderen Hilfen zur Erziehung kennzeichnend ist (Menne, 2014a, S. 236; AKJ<sup>Stat</sup> 2014, S. 20 f.). Die Auflösung der elterlichen Familie und die Entstehung einer neuen Familie bringen den erhöhten Bedarf an Beratung und an Unterstützung durch weitergehende Hilfen hervor.

## Armut und Erziehungsberatung

Ein wiederkehrendes Thema in den letzten Jahrzehnten war die vermeintliche Unterrepräsentanz von Angehörigen der „sozialen Unterschicht“ in der Erziehungsberatung. Prominent hatte der 8. *Jugendbericht* diese These vertreten: Unterschichtfamilien und Familien, die von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen sind, fänden den Weg zur Beratung nicht (BMJFFG, 1990, S. 136). Empirisch begründete Hinweise, dass auch untere Sozialschichten (mindestens) ihrem Anteil in der Bevölkerung entsprechend Erziehungsberatung aufsuchen (Ehrhardt, 1989; Kurz-Adam, 1997, S. 176; bke, 2004; Schilling, 2004), verhallen ungehört. Noch der 14. Kinder- und Jugendbericht meinte festhalten zu müssen: „Allerdings nehmen benachteiligte Gruppen das Angebot immer noch nicht in dem Maße wahr, wie dies wünschenswert wäre“ (BMFSFJ, 2013, S. 304). Selbst Thomas Rauschenbach behauptete: „Klassische Erziehungsberatung, bei der Eltern von sich aus in eine Beratungsstelle kommen, ist nichts für ärmere Familien“ (im Interview mit Berth, 2009). Dabei könnte man es besser wissen, denn seit 2007 erhebt die Jugendhilfestatistik bei allen Hilfen zur Erziehung auch die wirtschaftliche Situation des jungen Menschen resp. der Familie, in der er lebt. Nun ist für jeden einzelnen jungen Menschen anzugeben,<sup>7</sup> ob er ganz oder teilweise von sozialen Transferleistungen (Arbeitslosengeld II, Sozialhilfe, Grundsicherung) lebt. In der Erziehungsberatung traf dies 2013 für (mindestens) 58.192 oder knapp 19 % der Minderjährigen zu. In der Bevölkerung leben jedoch nach einer Sonderauswertung des Mikrozensus nur 14 % der Minderjährigen in Familien, die nach den genannten Kriterien der Jugendhilfe als arm betrachtet werden können (Stat. Bundesamt, 2010). Kinder und Jugendliche aus wirtschaftlich benachteiligten Familien sind damit in der Erziehungsberatung



Die Inanspruchnahmequote ist je nach Altersgruppe des jungen Menschen unterschiedlich. Bei den 3- bis 15-Jährigen ist sie mit ca. 250 Beratungen je 10.000 der Altersgruppe am höchsten. Bei den 15- bis 18-Jährigen hat

kerungsgruppe inzwischen deutlich unterrepräsentiert. Bei alleinerziehenden Elternteilen lebten 17 % der Kinder und Jugendlichen. Diese Gruppe ist in der Erziehungsberatung doppelt so oft zu finden wie es ihrem Anteil

6 Etwa 10 % der Beratungen eines Jahres sind nach Erhebungen der Bundeskonferenz für Erziehungsberatung Wiederaufnahmen früherer Beratungen (bke, 2015, S. 455).

7 Für Erziehungsberatung ist diese Angabe nur zu machen, wenn die wirtschaftliche Situation in der Beratung bekannt wird.

um 40 % stärker vertreten, als es ihrem Anteil an der Bevölkerung entspricht (Menne, 2012, S. 323; vgl. auch den 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung: BMAS, 2013, S. 75). Arme Familien werden nicht nur erreicht, wenn Erziehungsberatungsstellen aktiv auf diese Klientel zugehen, sondern sie selbst nehmen Erziehungsberatung fußläufig aufgrund ihrer eigenen Entscheidung in Anspruch.

## Familien mit Migrationshintergrund

Zunehmend mehr Kinder wachsen in Deutschland mit einem Migrationshintergrund auf. Aktuell betrifft dies nach dem Mikrozensus etwa jeden dritten Minderjährigen (Stat. Bundesamt, 2014c, S. 38). Im Rahmen der Erziehungsberatung haben 70.301 Beratene einen Elternteil, der aus dem Ausland stammt (Stat. Bundesamt, 2014a, Tab\_1.1\_a1). Das sind 22,7 %. Dabei ist der Anteil von Kindern mit Migrationshintergrund in der Erziehungsberatung in den Altersgruppen bis zwölf Jahre leicht erhöht. Wird Beratung in Kindertagesstätten angeboten, entspricht der Anteil der Kinder mit Migrationshintergrund ihrem Anteil an der Bevölkerung (Fendrich/Pothmann, 2010, S. 7).

## Jugendhilfeplanung

Das KJHG hat die schon nach altem Recht bestehende Pflicht zur Jugendhilfeplanung konkretisiert und Teilschritte, wie Bestandsaufnahme, Bedarfsermittlung u.a., vorgegeben (§ 80 Abs. 1). Für die Erziehungsberatung hat der Fachverband ein Modellprojekt durchgeführt, das – neben anderem – empirische Indikatoren für den Bedarf an Beratung erarbeitet hat. Die Beratungskapazität sollte danach örtlich auf der Basis familienstruktureller Indikatoren (von Scheidung betroffene Minderjährige, Minderjährige bei Alleinerziehenden)<sup>8</sup> sowie von Indikatoren für soziale Belastungssituationen (Migration, Arbeitslosigkeit, Sozialhilfe) bestimmt werden (bke, 2001a, S. 40 ff.). Seit 2007 erzeugt die Bundesstatistik zur Kinder- und Jugendhilfe – wie gerade dargestellt – Daten, mit denen gemessen werden kann, ob die jeweiligen Bevölkerungsgruppen durch das Leistungsangebot erreicht wurden.

## ■ Onlineberatung

Der gesellschaftliche Wandel hat sich nicht nur in den Familien niedergeschlagen. Im Jahr 1990 beschloss die US-amerikanische National Science Foundation, das Internet für kommerzielle Zwecke nutzbar zu machen. Es erhielt kräftigen Auftrieb, nachdem grafikfähige Browser zur Verfügung standen und wurde insbesondere von Jugendlichen schnell genutzt. Dies legte nahe, für Jugendliche Beratung dort anzubieten, wo sie sich nun aufhielten. Die bke entwickelte ein Modellprojekt, das Jugendlichen und Eltern seit

dem Jahr 2000 Onlineberatung anbietet. Durch Beschluss der Jugendministerkonferenz wurde das Projekt im Mai 2003 auf Dauer gestellt: Die Beratung soll jungen Menschen und Eltern angeboten werden, „für die die bestehenden Erziehungsberatungsstellen schwer erreichbar sind oder bei denen Hemmschwellen bestehen, diese Stellen aufzusuchen“ (JMK, 2003). Dieses Ziel ist erreicht worden, denn den Schwerpunkt der Beratenen bilden heute Jugendliche (und junge Volljährige) sowie Eltern kleiner Kinder.

Die Beratung erfolgt auf einer SSL-verschlüsselten Plattform. Dabei werden für Jugendliche und Eltern zwei getrennte Websites (bke-Jugendberatung.de und bke-Elternberatung.de) angeboten. Für die Beratung werden alle technischen Optionen genutzt, die derzeit zur Verfügung stehen: Beratung im öffentlichen Forum, im Gruppenchat, im Einzelchat und klassisch als E-Mail-Beratung. Mehr als 75.000 aktive Nutzer/innen haben sich bisher registriert. Seit 2012 kann die Onlineberatung auch über eine App vom Smartphone aus genutzt werden.

Die Onlineberatung hat die Grenzen der im KJHG getroffenen Regelung zur örtlichen Zuständigkeit (§ 86) aufgezeigt. Denn im Internet ist ein Angebot typischerweise nur durch die Sprache begrenzt, in der es vorgehalten wird. Die bke-Onlineberatung ist daher bundeszentral konzipiert. Die Leistungserbringung durch die mitwirkenden Beratungsstellen erfolgt auf Gegenseitigkeit (d.h. Münchener Fachkräfte beraten z.B. auch Hamburger Rat-suchende und umgekehrt) und rotierend. Träger der freien Jugendhilfe haben demgegenüber ihre Onlineberatungsangebote meist durch technische Filter auf die Einzugsgebiete ihrer Einrichtungen begrenzt und bieten nur E-Mail-Beratung an.

## ■ Erziehungsberatung im Kontext der Hilfen zur Erziehung

Durch das KJHG wurden einige der Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe, die in den 80er Jahren als Erziehungshilfen verstanden wurden (vgl. Blandow/Faltermeier [Hrsg.], 1989) als *Hilfen zur Erziehung* (§§ 27 bis 35) systematisiert. Sie bilden seitdem einen nicht abgeschlossenen Katalog möglicher Maßnahmen zur Unterstützung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen in ihren Familien.

Ausgehend vom Rauhen Haus, Hamburg, wurden insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern organisatorisch-konzeptionelle Konsequenzen gezogen, die einer „Versäulung“ der Hilfen entgegenwirken sollten. In diesem Land wurden nun *Jugendhilfestationen* gefördert, die mehrere (ambulante) Hilfen „unter einem Dach“ und „aus einer Hand“ anbieten sollten. Die für ein Kind oder Jugendlichen erforderliche Maßnahme sollte individu-

ell auf den jungen Menschen zugeschnitten werden und dabei auf das ganze Repertoire der unterschiedlichen Hilfen zurückgreifen können, ohne einen Wechsel der Einrichtung oder der Fachkraft erforderlich zu machen (Klatetzki [Hrsg.], 1994). Für die integrierten Familienberatungsstellen in evangelischer Trägerschaft, die neben Eheberatung, auch Erziehungsberatung und Schwangerschaftskonfliktberatung vorhielten und vor der Wende nicht offiziell arbeiten konnten, bedeutete dies, dass sie auch jetzt keine Anerkennung (und Förderung) durch den Staat erhielten. In den Jugendhilfestationen blieb Erziehungsberatung meist eine randständige Hilfe. Diese Politik wirkt sich bis heute aus: Während Erziehungsberatung im Bundesdurchschnitt knapp zwei Drittel der Hilfen stellt, ist es in Mecklenburg-Vorpommern nicht einmal ein Drittel (Menne, 2014a, S. 249; AKJ<sup>Stat</sup> 2014, S. 61).<sup>9</sup> Ähnliches gilt für die Länder Bremen, Hamburg und Saarland, die vom öffentlichen Träger gewährte Fremdplatzierungen einer früh einsetzenden Hilfe zur Selbsthilfe durch Beratung offenbar vorziehen. Die genannten Länder gewähren – auch in standardisierter Betrachtung – überdurchschnittlich oft Heimerziehung und haben zugleich eine deutlich unterdurchschnittliche Versorgung mit Erziehungsberatung.

### Inanspruchnahmequoten je 10.000 unter 21-Jährige

Ausgewählte Länder	Erziehungsberatung	Heimerziehung
Bremen	142,4	152,2
Hamburg	167,8	118,9
Mecklenburg-Vorpommern	120,6	103,2
Saarland	166,5	104,2
Deutschland	285,7	64,0

Quelle: akj<sup>stat</sup> (2014): Monitor Hilfen zur Erziehung 2014, S. 61 u. 73.

Den Grundgedanken einer sozialräumlich angelegten Versorgung aufnehmend, die je nach Hilfebedarf unterschiedliche und flexibel konzipierte Hilfen zur Erziehung anbieten kann, hat die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung schon in den 90er Jahren ein Konzept für ein *Beratungs- und Hilfe-Zentrum für Kinder, Jugendliche und Eltern* entwickelt, das Erziehungs- und Familienberatung sowie ambulante betreuende Hilfen in zwei Abteilungen vorhält. Jungen Menschen und ihren Familien, bei denen der Unterstüt-

<sup>8</sup> Trennung und Scheidung hat sich dabei als ein Leitindikator für alle Hilfen zur Erziehung erwiesen (vgl. für die Heimerziehung Menne, 2005).

<sup>9</sup> Wenn anstelle der Hilfen die Zahl der *jungen Menschen* zugrunde gelegt wird, sinkt der prozentuale Anteil der Erziehungsberatung, da in einer Sozialpädagogischen Familienhilfe durchschnittlich zwei Kinder betreut werden.



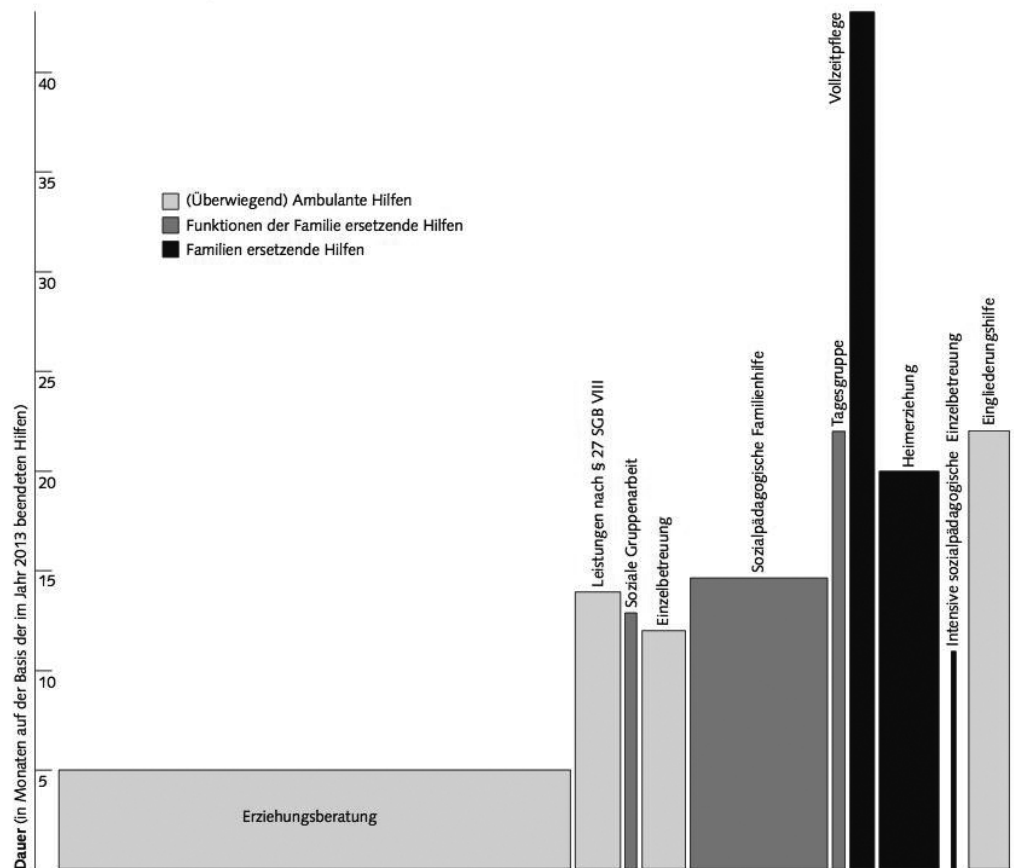
zungsbedarf über Beratung hinausgeht, sollten so weitere ambulante Hilfen im selben Haus angeboten werden können (bke, 1996). Der Kapazitätsbemessung lagen dabei die tatsächlichen Inanspruchnahmen der Hilfearten zugrunde, wie sie der Bundestatistik entnommen werden konnten.

Auch aktuell ist Erziehungsberatung die am häufigsten in Anspruch genommene Hilfe zur Erziehung. 2013 entfielen auf sie 57 %, gefolgt von der Sozialpädagogischen Familienhilfe mit 15 % sowie der Heimerziehung (6,7 %) und den flexiblen Hilfen nach § 27 SGB VIII (5,2 %). Zugleich ist Erziehungsberatung diejenige Hilfe, die im Durchschnitt bereits nach nicht einmal einem Jahr beendet ist, während die anderen ambulanten Hilfen mehrheitlich ein Jahr und länger dauern. Heimerziehung und Vollzeitpflege werden derzeit durchschnittlich knapp zwei bzw. vier Jahre geleistet.

Um eine dem Wohl des Kindes oder Jugendlichen entsprechende Erziehung zu gewährleisten, sind 2013 mehr als 500.000 Beratungen sowie ambulante und stationäre Hilfen neu in Anspruch genommen worden. Ihre Verteilung ist im nachfolgenden Diagramm unter Berücksichtigung der Helfedauer visualisiert, wobei die Breite einer Säule den Anteil der jeweiligen Hilfeart und die Länge deren durchschnittlicher Dauer wiedergibt.

Die Hilfen zur Erziehung unterscheiden sich darüber hinaus danach, in welchem Lebensalter eines jungen Menschen sie überwiegend (ca. 90 %) einge- leitet werden. Erziehungsberatung sowie die flexiblen Hilfen nach § 27 werden im ganzen Zyklus der Minderjährigkeit eingesetzt. Gleiches gilt für die Sozialpädagogische Familienhilfe und die Vollzeitpflege. Alle anderen Hilfen haben bei unter Sechsjährigen zusammen nur einen Anteil von 4 %: Erziehung in der Tagesgruppe und soziale Gruppenarbeit wird ab dem sechsten Lebensjahr bis zur Volljährigkeit neu begonnen. Alle weiteren Hilfen werden in hohem Maße auch für junge Volljährige gewährt und werden z.T. schwerpunktmäßig erst für Jugendliche und Heranwachsende geleistet.

Hilfearten nach Inanspruchnahme und Dauer



Tafel der Erziehungshilfen

Alter bei Beginn der Hilfe	§ 27 SGB VIII	Erziehungsberatung	Sozialpädagogische Familienhilfe (SPFH)	Vollzeitpflege	Tagesgruppe	Soziale Gruppenarbeit	Heimerziehung	Eingliederungshilfe	Einzelbetreuung	Intensive Sozialpädagogische Einzelbetreuung (ISE)
18<21										
15<18										
12<15	94,1%	93,4%	89,6%	96,3%	92,6%	89,2%	91,0%	88,2%	92,7%	95,5%
9<12										
6<9										
3<6										
0<3										

(Überwiegend) Ambulante Hilfen  
 Funktionen der Familie ersetzende Hilfen  
 Familien ersetzende Hilfen

Erziehungsberatung ist damit in einem doppelten Sinne eine früh einsetzende Hilfe: Ihre Unterstützungen beginnen nämlich bereits in den ersten sechs Lebensjahren und sie können Veränderungen in den Familien einleiten, bevor eine intensivere Hilfsmaßnahme für den jungen Menschen erforderlich wird. Jugendämter haben daher im Laufe der Jahre die fachliche Kompetenz der Erziehungsberatung, ihr Verständnis für das seelische Erleben des Kindes oder Jugendlichen im Kontext sich verfestigender Interaktionsstrukturen in der Familie und ihre Erfahrungen mit der Veränderung belastender Situationen zunehmend auch für eigene Aufgaben berücksichtigt. Einige Beispiele mögen dies beleuchten:

## Inobhutnahme und Hilfeplanung

Die Stadt Ludwigshafen hat in den 90er Jahren die Bearbeitungsdauer bei den Inobhutnahmen durch die gleichberechtigte Einbeziehung der Erziehungsberatung in ein Fallmanagement-Team gesenkt und so zugleich die zu treffenden Hilfeentscheidungen qualifiziert (Eggemann-Dann, 1999). Diese positiven Erfahrungen bildeten die Grundlage für eine verstärkte Kooperation zwischen Erziehungs- und Familienberatung und Regionalem Familiendienst (RFD), insbesondere bei mehrfach belasteten Familien. Heute ist eine Fachkraft der Erziehungsberatung ständiges Mitglied der Regionalen

Fachkonferenz, die für die Hilfeplanung nach § 36 SGB VIII verantwortlich zeichnet (Eggemann-Dann u.a., 2014).

## Schule für Erziehungshilfe

Die Stadt Heilbronn hat der steigenden Zahl von Kindern, die aufgrund problematischer Entwicklungen eine Sonderbeschulung erhalten sollten, seit dem Jahr 2000 durch ein gezieltes Beratungsangebot der Erziehungsberatungsstellen an den Grund- und Hauptschulen entgegengewirkt. Dazu wurden drei halbe Psychologenstellen neu geschaffen. Die Beratung konnte – auf freiwilliger Basis – von Schülern, Eltern und Lehrern in Anspruch genommen werden. Diese „Sprechstunde an der Schule“ wurde im Rahmen eines umfassenden Konzepts sozialräumlich orientierter präventiver Angebotsstrukturen, das mit dem Ausbau der Ganztagesbetreuung und einem Modellprojekt der Schule für Erziehungshilfe mit drei Schwerpunkt-Regelschulen verbunden war, aufgebaut. In diesem Kontext wurden die Sonderbeschulungen bei einer regelmäßigen Präsenz der Erziehungsberatung an den Regelschulen innerhalb von vier Jahren halbiert (Englert u.a., 2006). Daher wurde die Beratungskapazität ab 2010 schrittweise verdoppelt.

Heute zielt die „Sprechstunde an der Schule“ weitergehend darauf ab, den Verbleib gefährdeter Kinder und Jugendlicher im schulischen Regelsystem zu sichern und ihnen durch Inklusion gleiche Bildungschancen zu ermöglichen (Stadt Heilbronn, 2015a). Zum Schuljahr 2015/2016 werden mit den beteiligten Grund- und Werkrealschulen Kooperationsvereinbarungen geschlossen. Diese regeln verbindlich die Einbeziehung der psychologischen Fachkräfte bei außerordentlichen Schullaufbahnveränderungen (Stadt Heilbronn, 2015b). Gemeinsam sollen für Kinder und Jugendliche passgenaue Hilfeangebote im Schulalltag entwickelt werden. Angesichts einer zunehmenden Ganztagesbeschulung in Heilbronn werden die Kinder frühzeitig an dem Ort erreicht, an dem sie sich aufhalten. Der Stadtrat von Heilbronn hat die Beratungskapazität an den Schulen daher im Juli 2015 auf sechs Vollzeitstellen erhöht.

## Fremdplatzierungen

In Berlin ist den deutlich gestiegenen Ausgaben bei den Hilfen zur Erziehung durch eine gezielte Umsteuerung unter Beteiligung der kommunalen EBStn entgegengewirkt worden: Seit 2004 wurden vor einer beabsichtigten Fremdplatzierung von Jugendlichen mit diesen bis zu fünf Beratungsgespräche in einer kommunalen Beratungsstelle geführt. Aus deren Sicht bestätigte sich bei einem Drittel der Fälle die vorgesehene Maßnahme, bei einem weiteren Drittel wurde eine ambulante Hilfe zur Erziehung empfohlen. Beim letzten Drittel

übernahm die Beratungsstelle die notwendige Unterstützung der Jugendlichen selbst (Michelsen, 2006). Dadurch konnten die konfliktvollen Auseinandersetzungen zwischen Eltern und Jugendlichen altersgemäß bewältigt und die Trennung des jungen Menschen von seiner Familie vermieden werden. Ein Bezirk, der diesen Prozess über zehn Jahre kontinuierlich dokumentiert hat, hat so pro Jahr durchschnittlich ca. 1,8 Mio. € eingespart (LAG Berlin; SenBJW, 2014, S. 28 f.). Solche Einsparungen ergeben sich aufgrund der durchschnittlichen Kosten der verschiedenen Hilfearten je Fall:

**Kosten der Hilfen zur Erziehung 2009**

Hilfeart	Kosten je Fall
Andere Hilfen zur Erziehung	23.192
Erziehungsberatung[1]	1.036
Soziale Gruppenarbeit	9.250
Erziehungsbeistand/ Betreuungshelfer	7.779
SPFH	7.183
Tagesgruppe	43.594
Vollzeitpflege	50.314
Heimerziehung	81.064
ISE	29.377

Quelle: bke 2012b, S. 53.

## Präventionsnetzwerk

So wichtig Handlungsalternativen zur Fremdplatzierung Jugendlicher auch sind – entscheidend wäre, die Entwicklung von Kindern bereits frühzeitig zu unterstützen. Das ist das Ziel der Netzwerke Frühe Hilfen (§ 3 KKG). Der Ortenaukreis hat deshalb 2009 ein Gesamtkonzept Früher Hilfen entwickelt, das sich nicht nur an sozial belastete Familien, sondern ab der Geburt eines Kindes an alle Eltern richtet. Auf der Basis einer verbesserten Zusammenarbeit von Jugendhilfe und Gesundheitswesen wurde so eine Früherkennung von Problemen möglich. Für die Familien konnten jeweils passgenaue Hilfen eingerichtet werden, die von Diagnostik und Beratung über therapeutischen Hilfen bis zu Familienhilfen und Haushaltsorganisationstrainings reichen. Die für diese Aufgabe neu geschaffenen Fachstellen Frühe Hilfen sind den Erziehungsberatungsstellen im Ortenaukreis angegliedert (Böttinger, 2012).

Nach einer erfolgreichen wissenschaftlichen Evaluation (Fröhlich-Gildhoff/Eichin/Böttinger, 2014) baut der Landkreis das Präventionsnetzwerk nun unter enger Einbindung der Beratungsstellen für Kinder bis zu zehn Jahren aus. Dabei wird sowohl auf zentraler Kreisebene als auch auf dezentraler Ebene in den einzelnen Raumschaften eine verbindliche Kooperation zwischen Fachkräften des Gesundheitswesens, der Jugendhilfe und des Bildungssystems ein-

gerichtet. Zurzeit wird das Präventionskonzept in enger Kooperation mit den Kindertagesstätten<sup>10</sup> auf Kinder des dritten bis 6. Lebensjahrs sowie im Bereich der Schulen bis zum zehnten Lebensjahr ausgedehnt (Five; Landratsamt Ortenaukreis, 2013).

## Beratungsoffensive

Eine frühzeitig einsetzende Beratung bildet die Basis einer jeden Hilfe zur Selbsthilfe, die es Familien ermöglicht, ihre Schwierigkeiten mit eigenen Kräften anzugehen und zu lösen, anstatt sie durch Entscheidungen Dritter bestimmen zu lassen. Der Landkreis Tübingen hat daraus die Konsequenz gezogen, Erziehungsberatung systematisch auszubauen und dezentral an drei Standorten *Familienberatungszentren* vorzuhalten. Sie sollen den Regelzugang auch zu den anderen Hilfen zur Erziehung bilden. Die Fachkräfte der Erziehungs- und Familienberatung werden daher so qualifiziert, dass sie mit der Breite der Erziehungs- und Entwicklungsprobleme von Kindern, Jugendlichen und ihren Familien in den unterschiedlichsten Lebenslagen umgehen können. Wenn nach eingehender diagnostischer Klärung und Ausschöpfen der Möglichkeiten von Beratung eine darüber hinausgehende Hilfe ergänzend oder alternativ erforderlich erscheint, leitet das Familienberatungszentrum die Familien – mit deren Einverständnis – an den HzE-Dienst des Jugendamtes weiter. Dieser entscheidet dann über andere Maßnahmen. (Für akute Kinderschutzfälle gelten ggf. abweichend die Vorschriften des § 8a.) Eine solche grds. erste Zuständigkeit der Erziehungs- und Familienberatung für Probleme von Kindern und ihren Familien macht eine genaue Klärung und Regelung von Übergabestandards zwischen Erziehungsberatung und HzE-Dienst erforderlich (Utecht, 2014; Utecht/Walter, 2015).

Die Bundeskonferenz für Erziehungsberatung als trägerübergreifender Fachverband der Er-

<sup>10</sup> Auch die Familienzentren in Nordrhein-Westfalen streben die systematische Präsenz von Erziehungsberatungsstellen an. Die Vergabe des *Gütesiegels Familienzentrum* ist an die Kooperation mit einer Erziehungsberatungsstelle gebunden. Zu dieser Zusammenarbeit hält der wissenschaftliche Evaluationsbericht fest: „Besonders positiv wurde von den Erzieherinnen und Erziehern hervorgehoben, dass Erziehungsberatungsstellen nicht nur als Ansprechpartner für Familien fungieren, sondern auch die Arbeit des Kita-Teams kompetent begleiten und unterstützen (z.B. bei Beobachtungserfahrungen, bei der Erstellung und Auswertung von Bildungsdokumentationen, bei Einzelfallbesprechungen). Generell besteht ein großer Bedarf an externer Unterstützung auch seitens der Erzieherinnen und Erzieher, die ihrerseits Rat und Unterstützung brauchen, um die gestiegenen Anforderungen in den Kindertageseinrichtungen zu bewältigen. Die Anwesenheit von Beraterinnen und Beratern für offene Sprechstunden wird daher oft nicht nur von Eltern genutzt, sondern auch von Erzieherinnen und Erziehern“ (PädQuis 2008, S. 52 f.).

ziehungs- und Familienberatung sieht Erziehungsberatung daher heute im Zentrum der Hilfen zur Erziehung (vgl. Scheuerer-Englisch/Hundsatz/Menne [Hrsg.], 2014, S. 18 ff.).

## ■ Schluss

Erziehungsberatung hat sich seit dem KJHG von einer ihre Schweigepflicht betonenden und am medizinischen Modell orientierten psychotherapeutischen Praxis zu einer das Wohl des betroffenen Kindes oder Jugendlichen in seiner Familie in den Mittelpunkt stellenden Beratung weiterentwickelt. Sie lässt sich heute verstärkt auf Kooperationen – nicht nur wie schon immer – mit Kindertagesstätten und Schulen oder in themenbezogenen Arbeitskreisen, sondern auch in Entscheidungskontexten von Jugendamt und Familiengericht ein. Dazu hat Erziehungsberatung die sie betreffenden gesetzlichen Regelungen im SGB VIII, im Kindschaftsrecht und im Familienverfahrensrecht für die beraterische Praxis ausbuchstabiert und in ihre fachliche Identität aufgenommen. Heute kann sie daher als eine personenbezogene soziale Dienstleistung in den Strukturen des Rechts bezeichnet werden. Dabei hält sie zugleich an ihrer althergebrachten Pflicht zum Schutz des Privatgeheimnisses der Ratsuchenden fest und besteht darauf, Bedingungen einer möglichen Datenweitergabe vorab mit ihnen zu klären. Die für ihre Praxis konstitutiven psychodiagnostischen und psychotherapeutischen Kompetenzen setzt Erziehungsberatung dem Auftrag der Jugendhilfe entsprechend heute zur Förderung der Entwicklung von Kindern und Jugendlichen sowie zur Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern ein. Dieses Angebot wird von den Familien weithin angenommen: Inzwischen erfährt jedes dritte Kind bis zu seiner Volljährigkeit Unterstützung durch Erziehungsberatung. Eine Erziehungs- und Familienberatung auf der Höhe der Zeit kann sich selbstbewusst in die Weiterentwicklung des Systems der Hilfen zur Erziehung einbringen (bke, 2012a).

Literatur<sup>11</sup>

NEWSLETTER

Kennen Sie schon unseren  
**kostenlosen Newsletter** für  
Kindschaftsrecht und Jugend-  
hilfe? Jetzt anmelden unter:  
**[www.zkj-newsletter.de](http://www.zkj-newsletter.de)**

Bundesanwalter  
Verlag

ZKJ

Zeitschrift für  
Kindschaftsrecht und  
Jugendhilfe

NEWSLETTER

Mai 2015

Sehr geehrte Frau Venator,

aktuelle Meldungen, Gerichtsentscheidungen und Termine haben wir auch in diesem Monat wieder für Sie zusammengestellt.

Viel Spaß beim Lesen!

Mit freundlichen Grüßen

Ihr  
Oliver Bösel

• **BERICHTIGUNG:** Der 8. BGT-Mitte findet am 28. Mai 2015 in Kassel statt!

**News**

- UN-Fachausschuss gibt Empfehlungen zum deutschen Staatenbericht ab
- Weisung des BMAS zur Regelbedarfsstufe 2 liegt vor
- Thorsten Becker ist neuer BfJ-Vorstand
- Handbuch Behindertenrechtskonvention
- Bundesweites Richterstudium „Betreuung und Vormundschaft“ bald auch in Leipzig
- Erhöhung der Pfändungsfreigrenze

**Rechtsprechung**

- Zur Prozessfähigkeit im Klageerzwingungsverfahren
- Zur Bestellung eines Rechtsanwalts als Betreuer
- Beschwerdebefugnis eines nahen Angehörigen
- Freie Willensbestimmung, Anhörung
- Zum Sachverständigenverwehren
- Zur Abwesenheitspflegschaft

**Tipps und Termine**

- 8. BGT-Mitte
- Welche Betreute als Erbe II: Besondere Betreuerpflichten
- Welche Sozialleistungen kann ich wo erhalten?
- Steuerrecht für Betreuer und Betreute sowie praktische Steuerfragen
- 4. BGT-Sachsen-Inhalt
- 3. Fachtag „Verdenfelder Weg“

Möchten Sie den Newsletter an Freunde, Bekannte oder Geschäftspartner weiterleiten?  
Dann klicken Sie bitte hier.

BERICHTIGUNG: Der 8. BGT-Mitte findet am 28. Mai 2015 in Kassel statt!

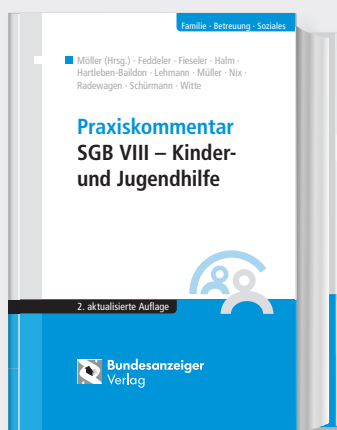
Liebe Leser,  
im letzten BfJ-Prax-Newsletter ist leider ein Fehler aufgetreten.

<sup>11</sup> Die Literatur steht im ungekürzten Beitrag auf [www.researchgate.net/profile/Klaus\\_Menne/publications](http://www.researchgate.net/profile/Klaus_Menne/publications) zur Verfügung.

9/10 · 2015 ZKJ Kindschaftsrecht und Jugendhilfe

357





ISBN 978-3-8462-0543-3

2., völlig neu überarbeitete Auflage 2016,  
ca. 600 Seiten, 16,5 x 24,4 cm,  
Buch (Hardcover), 58,00 €  
Erscheinungstermin: 1. Quartal 2016

Preise inkl. MwSt. und Versandkosten (deutschlandweit)

Möller (Hrsg.)

## Praxiskommentar SGB VIII - Kinder und Jugendhilfe

Dieser Kommentar erläutert praxisnah und zuverlässig das gesamte SGB VIII sowie die Vorschriften des KKG.

Die große Bandbreite des Kinder- und Jugendhilferechts mit seinen Schnittstellen zum jugend- und familiengerichtlichen Verfahren und zu den anderen Sozialleistungssystemen wird verständlich und klar dargestellt. Die öffentlich-rechtlichen Grundlagen und die familienrechtlichen Bezüge der Praxis der Kinder- und Jugendhilfe werden prägnant und praktisch erläutert. Dabei wird besonderer Wert auf die sozialpädagogische Perspektive gelegt. Behandelt werden auch die strafrechtlichen Implikationen der Tätigkeit der Fachkräfte in der Kinder- und Jugendhilfe.

Die 2. Auflage arbeitet die Erkenntnisse und Erfahrungen mit den durch das Bundeskinderschutzgesetz bewirkten Änderungen des SGB VIII und dem KKG auf und kommentiert alle aktuellen Änderungen, wie z.B.

- das Gesetz zur Verwaltungsvereinfachung in der Kinder- und Jugendhilfe (KJVG)
- Gesetz zur Einführung eines Betreuungsgeldes
- Gesetz zur Reform der elterlichen Sorge nicht miteinander verheirateter Eltern

Jetzt versandkostenfrei (deutschlandweit) bestellen:

**shop.bundesanzeiger-verlag.de/0543-3**

Bestellung und Beratung: Tel. 0221 / 9 76 68-229

Fax 0221/9 76 68-236 · in jeder Fachbuchhandlung



**Bundesanzeiger  
Verlag**

www.bundesanzeiger-verlag.de

Materielles Kindschaftsrecht, Verfahrensrecht und SGB VIII in einem Band!



ISBN 978-3-8462-0380-4

2015, 1410 Seiten, 16,5 x 24,4 cm,  
Buch (Hardcover), 86,00 €

Auch als E-Book (PDF),  
ISBN 978-3-8462-0381-1, 86,00 €

Einzelpatzenlizenz, Mehrplatzlizenzen auf Anfrage

Heilmann

## Praxiskommentar Kindschaftsrecht

mit Checklisten, Praxisbeispielen und Übersichten

Dieser neue Praxiskommentar vereint die unterschiedlichen Rechtsbereiche des materiellen Kindschaftsrechts und des Verfahrensrechts und bietet Ihnen so alle relevanten Erläuterungen aus einer Quelle.

Enthalten sind die Kommentierungen zu allen relevanten Vorschriften des materiellen Kindschaftsrechts (insbesondere BGB) sowie der dazugehörigen Verfahrensvorschriften (insbesondere FamFG). Die Schnittstellen zu den einschlägigen Nebengesetzen sowie den Vorschriften des Kinder- und Jugendhilferechts (SGB VIII) sind in die Darstellung einbezogen. Ein eigener Abschnitt ist den Verfahren mit Auslandsbezug gewidmet (u.a. IntFamRVG, HKÜ).

Die ebenso verständliche wie juristisch fundierte Kommentierung erfolgt unter sorgfältiger Auswertung der einschlägigen Rechtsprechung und Literatur. Soweit zum Verständnis komplexer Konstellationen oder Sachzusammenhänge erforderlich, werden Handlungstipps, Übersichten und Checklisten zur Verfügung gestellt.

Jetzt versandkostenfrei (deutschlandweit) bestellen:

**shop.bundesanzeiger-verlag.de/0380-4**

Bestellung und Beratung: Tel. 0221 / 9 76 68-229

Fax 0221/9 76 68-236 · in jeder Fachbuchhandlung



**Bundesanzeiger  
Verlag**

www.bundesanzeiger-verlag.de